

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

<p>Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.</p>	<p>Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steindrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.</p>	<p>Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg. Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.</p>
---	--	---

## Sieg in Nürnberg.

Am 21. April hat unsere Lokalverwaltung in Nürnberg dem Arbeitgeberschutzverband für das Holzgewerbe in Bayern v. d. Rh., Bezirksverband Nürnberg, die Forderungen der Schreiner, Maschinenarbeiter und Hilfsarbeiter übermittelt. Dieselben waren sehr knapp gehalten. Es wurde eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, die jetzt 54 Stunden beträgt, auf 53 Stunden gefordert, ferner eine Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pf. und 48 Pf. Mindestlohn für Arbeiter über 20 Jahre. Die gleichzeitig angebotene Verhandlung mit den Unternehmern fand am 28. April statt, führte aber zu keinem Resultat. Auf den bekannten Wink von Berlin aus hatte der Arbeitgeberschutzverband eine bis zum 6. Mai währende Aussperrung angedroht, falls die Schreiner, wie beabsichtigt, am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen würden. In der Verhandlung am 28. April machten die Vertreter der Unternehmer das Zugeständnis, eventuell bei ihren Kollegen für die Bewilligung von 2 Pf. Lohnserhöhung einzutreten, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Arbeiter auf die Maifeier verzichten. Auf dieser Basis konnte eine Einigung nicht erfolgen; die Verhandlung war also resultatlos verlaufen.

Die Unternehmer machten ihre Aussperrungsandrohungen wahr. Wenn sie aber geglaubt hätten, unsere Kollegen einschüchtern zu können, so hatten sie sich getäuscht. Während der Dauer der Aussperrung waren noch einmal Verhandlungen angeboten worden, die aber der Schutzverband mit der Begründung ablehnte, daß es ihm nicht so pressiere. Auch die kleinen Kranten in der Zunftung hatten das Bedürfnis, etwas von sich hören zu lassen. Sie beschlossen einstimmig, die Forderungen nicht zu bewilligen. Dabei bewiesen sie den guten Geschmack, ihren Beschluß in eine so krause Form zu kleiden, daß er mehr Heiterkeit als Unwillen erregte. Das eine war jedenfalls klar, daß es die Unternehmer auf einen Kampf ankommen lassen wollten. So kam es, wie nicht anders zu erwarten war. In einer großen Versammlung wurde beschlossen, daß die Aussperrten nicht wieder an ihre Plätze zurückkehren, daß vielmehr auch die übrigen Kollegen die Arbeit niederzulegen haben. Dieser Beschluß wurde prompt durchgeführt, und circa 1100 Kollegen traten in den Streik. Diese Zahl hat sich übrigens bald verringert, da etwa 300 ledige Kollegen alsbald den Ort verließen und im Zuge mit Musik von den Zurückbleibenden aus Nürnberg hinausgeleitet wurden.

Der Streik nahm nun den üblichen Verlauf. Die Unternehmer versandten schwarze Listen mit den Namen der Streikenden, allerdings ohne nennenswerten Erfolg. In der ihnen zur Verfügung stehenden bürgerlichen Presse erhoben die Herren ein jämmerliches Geschrei. Die Streikleitung wurde als aus den ärgsten Terroristen bestehend hingestellt, Verbrechen wurden erfunden und den Streikenden in die Schuhe geschoben, vor allen Dingen aber wurde immer dringender nach der Polizei gerufen. Diese hätte tatsächlich auch recht viel zu tun gehabt, wenn sie überall eingegriffen hätte, wo rabiate Meister in der unantastbarsten Weise gegen Streikende mit Beschimpfungen und Bedrohungen vorgingen und selbst vor Tätlichkeiten nicht zurückschreckten.

Je länger der Streik dauerte, desto länger wurden die Gesichter der Unternehmer. Zwar hatte die Generalversammlung des Arbeitgeberschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe den Nürnberger Herren ihre Symphonie beifällig; auch wurde der Betselack für die Nürnberger kräftig geschwungen, wie das Zirkular beweist, welches wir zur ganz besonderen Freude der „Fachszeitung“ unserer Nr. 28 abgedruckt haben; aber es war alles vergeblich. Die Nürnberger Unternehmer mußten allmählich sehen, daß gegen den Deutschen Holzarbeiterverband kein Kraut gewachsen ist.

Im Laufe des Streiks hatten wiederholt Verhandlungen zwischen den Parteien stattgefunden. Die Unternehmer waren mit ihren Zugeständnissen auch immer weiter gegangen, aber doch nicht so weit, daß das Mindestmaß erreicht worden wäre, was unsere Kollegen unbedingt haben mußten. Aber letztere konnten es abwarten, denn die Unternehmer mußten ihnen kommen. Diese wurden in den letzten Wochen auch der Bewilligung des „Fachszeitung“ die unmittelbar vor dem Abschluß der Verhandlungen durch einen wüsten Hehkartikel zu durchkreuzen suchte, den sie an der Spitze ihrer Nr. 29 vom 18. Juli zum Abdruck brachte. Aus Tageszeitungen zitiert die „Fachszeitung“ die bei weiteren Reisen Bekannten erregende Nachricht, deren Ursprung übrigens der „Fachszeitung“ nicht ganz unbekannt sein dürfte, daß in

nicht weniger als 45 Städten die Holzarbeiter Forderungen gestellt, die Verträge gekündigt oder die Arbeit niedergelegt haben. „Mit Gewalt will man das Gewerbe beunruhigen.“

Dem Strategen der „Fachszeitung“ kommt das gar nicht recht geheuer vor. Er zieht seine Stirne in krause Falten, nachdenklich legt er den Finger an die Nase und dann gibt er diese Weisheit von sich:

„Angesichts dieser Sachlage ist wirklich die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß es sich bei diesem Vorgehen der Arbeitnehmer im Grunde um mehr handelt als das bloße Erreichen von ein paar Pfennigen Mehrlohn oder eine Stunde weniger Arbeitszeit. Wir haben es offenbar hier zu tun mit dem Wetterleuchten bevorstehender schweizer und allgemeiner Ungehelligkeit, die sich in heftigen und umfassenden Kämpfen entladen würden. Es ist eben wieder einmal die alte Geschichte: es wird die Machtprobe aufgeworfen, und was wir sehen und erleben, deutet vollkommen auf die Nichtigkeit dieser Annahme hin.“

Merkwürdig, mit welcher Nonchalance hier von den paar Pfennigen Mehrlohn und der Stunde Arbeitszeitverkürzung gesprochen wird. Kommt eine solche Forderung den Herren um Mahardt wirklich so klein vor, weshalb setzen sie denn ihrer Durchführung einen solch hartnäckigen Widerstand entgegen? Uns ist es tatsächlich allein um die von der „Fachszeitung“ so wegwerfend behandelte Forderung nach materieller Besserstellung zu tun, und nur wer dem wirtschaftlichen Leben fernsteht, kann darin etwas Unberechtigtes sehen und das Gespenst der Machtprobe an die Wand malen, die doch stets und ausschließlich nur von den Unternehmern aufgerollt wird. Die unaufhörlich steigenden Preise der Lebensmittel zwingen den Arbeiter, nach einer Erhöhung seines Einkommens zu trachten. Und der jüngste Steuerraubzug wird dieses Verlangen nur noch dringender machen.

Nach dieser Einleitung geht die „Fachszeitung“ auf ihr Ziel los. Nürnberg ist es, das sie im Auge hat. Unsere dortigen Kollegen versteifen sich auf ihre Forderungen, und sehen den Streik fort, obwohl derselbe ebenso unberechtigt ist, wie ausfichtslos erscheint.“

Das sagt die „Fachszeitung“ in dem Augenblick, wo die Verständigung zwischen den Parteien so gut wie vollzogen ist und die Parteien vor der Unterzeichnung des neuen Vertrages stehen! Dann folgt der Abdruck einer der oben genannten Episteln, welche der Nürnberger Bezirksverband des Arbeitgeberschutzverbandes in die bürgerlich besehene Welt zu werfen hat, daß sogar der Schutzverband in dieser öffentlichen Erklärung zugibt, daß „die Schreinererhilfen vor dem Ausbruch des Streiks am hiesigen Plage hinsichtlich des Lohnes und der Arbeitszeit ungünstig gestellt waren“. Das hindert natürlich die Schutzverbändler nicht, von einer Machtprobe zu sprechen, zu welcher der Holzarbeiterverband die von der Streikleitung terrorisierten Massen mißbraucht.

Den Schlüssel zum Verständnis der ganzen Aktion und speziell zu dem Hehkartikel der „Fachszeitung“ findet man aber in dem weiterhin abgedruckten Protokoll der am 8. Juli zwischen den Parteien gepflogenen Verhandlungen, an welchen auch Vertreter der beiderseitigen Zentralvorstände teilgenommen haben; für den Schutzverband Herr Mahardt. Es handelt sich zunächst um die Frage des Ablauftermins, die unsere Kollegen vorweg geregelt zu sehen wünschten. Da erklärt Herr Mahardt, daß man bei solchem Verhalten auf den toten Punkt gerate. „Berlin würde Nürnberg seine Zustimmung nicht erteilen, wenn es den allgemeinen Beschluß wegen des Termins umgehe.“ Hier haben wir den Vater aller Hindernisse! Berlin, d. h. der Zentralvorstand des Arbeitgeberschutzverbandes wird sich der Verständigung widersetzen, wenn seinen Befehlen keine Folge geleistet wird. Der Schutzverband will herrschen, er will nicht nur seinen Mitgliedern, sondern auch den Arbeitern seinen Willen aufzwingen. Lieber jeden Verständigungsversuch scheitern lassen, als dulden, daß an der Selbstherrlichkeit des Schutzverbandes gerüttelt wird. Und Männer, die so sprechen und handeln, haben die Stirn, gegen die Arbeiter den Vorwurf zu erheben, daß sie die Machtprobe aufwerfen!

Der mehrere Seiten füllende Artikel schließt mit der Mahnung: „Festhalten und durchhalten!“ Das allein kann und darf in Nürnberg und für Nürnberg die Parole sein! Das haben sich auch die Nürnberger Schreiner gesagt und diese haben durchgehalten. Als die „Fachszeitung“ mit dem fulminanten Leitartikel nach

Nürnberg kam, da standen die Parteien unmittelbar vor dem Abschluß des Friedensvertrages, den zu verhindern, die um Mahardt sich so große Mühe gegeben hatten.

Der abgeschlossene Vertrag läuft bis zum 17. Februar 1912. Ob „Berlin“ wegen dieses Termins, der dem Wünschen des Arbeitgeberschutzverbandes nicht entspricht, den Nürnbergern doch noch Absolution erteilen wird, wissen wir nicht; das soll uns auch kalt lassen. In dem Vertrag ist die verlangte Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde ab 1. April 1911 zugestanden. Die Löhne werden sofort um 3 Pf. pro Stunde, am 1. April 1910 um einen weiteren Pfennig erhöht, und am 1. April 1911 tritt als weitere Lohnzulage der durch die Arbeitszeitverkürzung sich ergebende Lohnausfall hinzu“. Der Mindestlohn wird sofort auf 46 Pf. erhöht und steigt entsprechend den vorgenannten Erhöhungen bis zum 1. April 1911 auf 48 Pf. Insgesamt werden somit die Löhne um die geforderten 5 Pf. erhöht. Weitere Paragraphen regeln die Zuschläge für Ueberzeit- und Sonntagsarbeit sowie die Wanzulagen. Es ist also alles erreicht, was unsere Kollegen verlangt haben!

Der Streik hat 12 Wochen gedauert; viel länger als man anfangs angenommen hat. Das dürfte zum Teil daran liegen, daß man sich in der Beurteilung der Geschäftslage geirrt hat. Zwar herrschte in Nürnberg eine recht gute Konjunktur, aber in den meisten sonstigen Orten ist die Krise noch lange nicht überwunden, und das wirkt dann zurück auf den Streikort. Für unsere Kollegen im Reich mag das eine Mahnung sein, bei ihren Maßnahmen die allgemeine Geschäftslage nicht aus den Augen zu lassen. Jedenfalls haben wir alle Ursache, uns des schönen Erfolgs in Nürnberg aus vollem Herzen zu freuen. Wir haben wieder einmal bewiesen, daß die Bäume des Schutzverbandes nicht in den Himmel wachsen und daß der Deutsche Holzarbeiterverband so leicht nicht unterzugehen ist.

## Die Wirkung der neuen Steuern.

Die für die konservativ-merikal-polnische Steuer-mehrheit des Reichstages, die übrigens nur eine Minderheit des deutschen Volkes vertritt, geprägte Benennung als Schnapsblock ist vom Reichstagspräsidenten als unparlamentarisch bezeichnet worden, sie wird aber trotzdem kurzweilig behalten. Tatsächlich war nämlich die Frage der Besteuerung des Branntweins das Moment, welches den Zusammenschluß des neuen Blockes am wesentlichsten förderte. Das Zentrum hat den Liebesgabenhunger der konservativen Junker geschickt ausgenutzt, um diese seinen Zwecken dienstbar zu machen. Und die Konservativen wiederum haben nicht gezögert den agrarischen Kanzler zu stürzen um die Schnapsalibiesgabe zu retten, die nur durch den Beistand des Zentrums in der seitherigen Höhe erhalten werden konnte.

Im Jahre 1887 wurde neben den bereits bestehenden Materialsteuern auf Spiritus eine Verbrauchsabgabe von 70 Mk. pro Hektoliter eingeführt. Für eine gewisse Menge der Produktion, dem Kontingent, beträgt die Verbrauchssteuer aber nur 50 Mk. Das Kontingent ist kleiner als der Verbrauch an Trinkbranntwein, das hat zur Folge, daß der Preis des gesamten in den Verkehr gebrachten Branntweins so bemessen wird, als ob dafür 70 Mk. Steuer bezahlt worden wäre. Die Brennereien haben also für die kontingentierte Menge Spiritus einen reinen Profit von 20 Mk. pro Hektoliter. Das ist die berühmte Liebesgabe. Die Mohnkieser der Liebesgabe werden von der Regierung auf das strengste geheim gehalten. Man kann die Verweigerung der Auskunft auf die Frage nach den Mohnkiesern sehr leicht als eine Bestätigung der oft geäußerten Vermutung ansehen, daß hohe, höchste und allerhöchste Herrschaften als Liebesgabenempfänger an dem Zusehensum der Lumpenproletariat auf das Lebhafteste interessiert sind.

Bei der Beratung der Branntweinsteuer war Gelegenheit geboten, die Liebesgabe abzuschaffen, für deren Gewährung ein vernünftiger Grund nicht vorliegt. Der Schnapsblock hat das abgelehnt. Die Materialsteuern sind beseitigt worden, dafür wurde die Verbrauchsabgabe von 70 bzw. 50 Mk. auf 125 bzw. 105 Mk. erhöht. Die Differenz von 20 Mk. bleibt also bestehen und die Schnapsjunker können sich der Liebesgabe, die etwa 47 Millionen ausmacht, weiter erfreuen. Durch verschiedene andere Bestimmungen, die im einzelnen zu behandeln hier zu weit führen würde, wurde den Schnapsbrennern eine weitere Fürsorge zuteil und außerdem ist auch das Branntweinsteuergesetz den Bedürfnissen der berechtigten

„Spiritus-Zentrale“ so auf den Leib geschnitten worden, daß diese Gesellschaft gemissermaßen das Verkaufsmonopol für Spiritus besitzen wird. Sie hat sich übrigens erkenntlich gezeigt und dem widerlichen konservativen Prästlans Arch eine Direktorstelle mit 50 000 Mk. Gehalt übertragen. Die Kosten muß das deutsche Volk zahlen. Die Zentrale hat den Spirituspreis jetzt schon vorweg um 10 Mk. erhöht und weitere Erhöhungen werden nicht ausbleiben. Man schätzt die im Kleinverkauf eintretende Verteuerung des Trinkbranntweins und der Liköre auf 35 bis 40 Prozent des seitherigen Preises.

Bei der Neuordnung der Brausteuer hat die Gesetzgebung von vornherein in recht ausgiebiger Weise dafür gesorgt, daß die Steuererhöhung auf das Publikum abgewälzt werden kann. Die Biersteuer ist je nach der Größe der Brauerei verschieden; seit dem Jahre 1906 bestanden 10 Steuerklassen. Deren Zahl ist durch das neue Gesetz auf 5 vermindert worden, wodurch sich eine Verständigung der Brauereien untereinander über die Abwälzung der Steuer erleichtert. Es ist Vorsorge getroffen, daß die Wirte nicht etwa einen Vertrag über die Bierlieferung wegen der durch die Steuer hervorgerufenen Preissteigerung außer Kraft setzen. Sie müssen das Mehr bezahlen und können sich an den Gästen schadlos halten durch Erhöhung des Preises oder Verkleinerung des Maßes. Um letzteres zu erleichtern, ist das Gesetz über den Raumgehalt der Schankgefäße dahin abgeändert worden, daß vom halben Liter abwärts der Sollinhalt durch Stufen von Zwanzigteilen, statt bisher Zehnteilen des Liters bestimmt wird. Und von dieser Möglichkeit der Abwälzung soll auch in recht weitgehender Weise Gebrauch gemacht werden. Nach den Beschlüssen, die kürzlich eine Versammlung von Vertretern des Brauerei- und Gastwirtsverbandes in Berlin gefaßt hat, sollen die Brauereien den Preis pro Liter um 5 Pf., die Gastwirte aber um 7 bis 10 Pf. erhöhen. Das ist ein recht netter Aufschlag, der nicht nur die ausgelagerte Steuer ersetzt, sondern den Brauereiern und Wirten noch einen artigen Profit sichert.

Das Reich will durch die neue Steuer 100 Millionen aus dem Bier ziehen, die der Biertrinker zahlen soll; außerdem soll er aber noch nach den erwähnten Beschlüssen 265 Millionen an die Brauer und 146 bis 365 Millionen an die Wirte zahlen. Der Bierkonsum wird also infolge der Steuer nicht um 100 Millionen, sondern um 511 bis 780 Millionen belastet. Das ist eine Bescherung, die wohl nicht überall sehr gleichmütig hingenommen werden wird. Aber ob die Proteste der Konsumenten etwas nützen werden, ist sehr fraglich. Der Schnapsblock hat vorgebeugt; in der dritten Lesung hat er noch schnell eine Bestimmung in das Gesetz aufgenommen, nach welcher Brauereien, die nach dem 1. August 1909 in Betrieb genommen werden, um 50 Proz. mehr Steuern zahlen müssen, als die bestehenden. Der Konkurrenz durch die Errichtung neuer Brauereien ist also ein Niegel vorgeschoben. Die Biertrinker sind demnach wehrlos der Ausbeutung preisgegeben. Sie werden sich ihr nur entziehen können, durch den Verzicht auf den Biergenuß. Zu begreifen wäre es, wenn das Biersteuergesetz eine Vermehrung der Zahl der Abstinenten zur Folge hätte. Aber nichtsdestoweniger muß gegen ein Gesetz, welches solchen Wucher zuläßt, auf das entschiedenste protestiert werden.

Eine ganz niederträchtige Steuer ist die Tabaksteuer. Wir können hier auf die Technik der Tabakbesteuerung und die Steuerhöhe nicht näher eingehen. Bemerkenswert sei nur, daß man beschlossen hat, den Tabak nach seinem Wert zu besteuern, um die scharfen Sorten schärfer heranzuziehen als die geringeren Sorten. Dieser, wenn man so sagen will, soziale Ausgleich, nimmt sich in der Theorie recht nett aus, in der Praxis bedeutet er eine ungeheure Begünstigung der großen, kapitalkräftigen Fabrikanten, die in großen Posten gegen bar kaufen und so einen weit niedrigeren Preis für dieselbe Ware zahlen, als der kleine Unternehmer, der sich des Zwischenhandels bedienen muß. Da der gezahlte Preis für die Höhe der Steuer maßgebend ist, fährt der Großunternehmer am besten, während der Kleine vor den Ruin gestellt wird. Das ist konservativ-merikale Sozialpolitik!

Aber diese äußert sich noch schöner. Gegenwärtig besteuert die deutsche Tabakindustrie zirka 200 000 Arbeiter. Nach optimistischen Schätzungen wird die, durch die Steuer bedingte Verteuerung der Tabakfabrikate einen Konsumrückgang um mindestens 10 Proz. zur Folge haben. Das bedeutet, daß wenigstens 20 000 Tabakarbeiter arbeitslos werden. Für diese Opfer der Steuer sollte das Reich sorgen. Die Verpflichtung hierfür hat der Reichstag anerkannt, aber wie?

Als im Jahre 1887 die Branntweinsteuererhöhung eintrat, hat man auch mit einem Konsumrückgang gerechnet und als Entschädigung der Schnapsbrenner für diese Verminderung ihres Profits, wurde die oben erwähnte Liebesgabe eingeführt, die nicht nur bis jetzt beibehalten wurde, sondern nun sogar bereinigt worden ist. Aber da handelte es sich um junkerliche Schnapsbrenner. Auf die armen Tabakarbeiter braucht man solche Rücksicht nicht zu nehmen. Von den Sozialdemokraten war beantragt worden, die arbeitslos werdenden Tabakarbeiter zu entschädigen. Dieser Antrag wurde abgelehnt! Annahme dagegen fand ein Antrag der sogenannten Arbeitervertreter im Zentrum, nach welchem den brotlos gewordenen Arbeitern eine Unterstützung zugewilligt werden kann. Diese wird nur gewährt, wenn gewisse, eng umschriebene Voraussetzungen erfüllt sind und sie darf insgesamt 4 Millionen Mark, während der zwei Jahre,

die sie gewährt wird, nicht übersteigen. Es werden also nach dem Vorschlag dieser „Arbeitervertreter“ die Tabakarbeiter, die durch die Schuld des „arbeiterfreundlichen“ Zentrums dem Elend überantwortet werden, im allerbesten Falle 200 Mk. als Almosen erhalten; sind diese verbraucht, dann mögen sie verhungern. So wollen es die Führer der christlichen Gewerkschaften, die im Reichstag sitzen, die Giesberts, Schiffer, Wiedberg und Becker!

Den Blödsinn der Zündholzsteuer hat man vom Regierungstisch mit dem Hinweis auf die große Zahl der Brandstiftungen begründet. Diese Begründung beleuchtet so recht das hohe Maß von Weisheit, mit welchem das deutsche Volk regiert wird. Das Paß Streichhölzer hat bisher im Durchschnitt 10 Pf. gekostet, darauf kommt nun eine Steuer im Betrage von 15 Pf. An Volksfeindlichkeit und Unsinntigkeit kann diese Steuer getrost neben die Salzsteuer gestellt werden. Dabei ist zu beachten, daß man künftig das Paß Streichhölzer schwerlich für 25 Pf. wird haben können. Der Fabrikant, der die Steuer auslegen muß, erleidet durch die Abführung der in Betracht kommenden Summen einen Zinsverlust, den er natürlich noch neben der Steuer auf den Preis der Ware schlagen wird. Und dabei wird es nicht bleiben. Die Zündholzfabrikanten werden dem Beispiele ihrer Kollegen von der Brauindustrie folgen und noch einen Extraprofit herausjchinden. Einzelne Fabrikanten kündigen ihren Abnehmern jetzt schon an, daß beiden Teilen, dem Produzenten sowohl als dem Händler, künftig ein höherer Nutzen verbleiben wird; das Volk kann zahlen!

Zahlen muß das Volk auch beim Kaffee und Tee. Wer nicht zahlen kann, muß zum Konsum von Surrogaten übergehen. Der Zoll auf Kaffee ist von 40 auf 60 Mk. pro Doppelzentner, der Zoll auf Tee von 25 auf 100 Mk. pro Doppelzentner erhöht worden. Auf das Pfund macht das eine Steigerung um 10 Pf. beim rohen, um zirka 18 Pf. beim gebrannten Kaffee und 37,5 Pf. beim Tee. Dabei bleibt es natürlich nicht, denn die Preise werden beim Kleinverkauf nicht nur nach oben abgerundet, sondern aus den, bereits bei der Besprechung der Zündholzsteuer ange deuteten Gründen, ist der Aufschlag auf den Warenpreis stets größer als der nominelle Steuerbetrag.

Zu erwähnen wäre schließlich noch die Steuer auf Beleuchtungsmittel, welche ganz besonders den Mittelstand schwer trifft. Das elektrische Licht dürfte sich wohl nur vereinzelt in Arbeiterhaushaltungen Eingang verschafft haben, häufiger dürfte sich dagegen Gaslicht vorfinden. Das erfährt eine merkliche Verteuerung durch die Steuer auf Glühstrümpfe, die nicht weniger als 10 Pf. pro Stück beträgt.

Das sind die Verbrauchssteuern, welche das deutsche Volk dem Schnapsblock verdankt. Schon jetzt, noch ehe die Steuern in Kraft getreten sind, macht sich ihre Wirkung recht deutlich fühlbar und mancher Arbeiter, und ganz besonders manche Arbeiterfrau, die bisher der Politik teilnahmslos gegenüber gestanden hat, beginnt nun einzusehen, wie schwer es sich rächt, wenn man bei den Wahlen zum Reichstag abseits gestanden, oder gar einem Feind der Arbeiterinteressen seine Stimme gegeben hat. Das Wehklagen und Jammern kommt leider jetzt zu spät. Die Regierung hat wohl gewußt, weshalb sie den Reichstag jetzt nicht aufgelöst hat. Eine Wahl unter der Parole der Finanzreform hätte für sie ganz gewiß kein gutes Resultat gezeitigt. Aber es wird dafür gesorgt werden, daß die Voten der jetzigen Reichstagsmehrheit nicht in Frage gestellt werden, und der Tag wird kommen, wo das Volk mit den Verächtern seiner Interessen Abrechnung halten wird.

### Christliche Zweifelhentheorie.

Es versteht sich, daß die Angehörigen unserer Organisationen, die als Abgeordnete im Reichstage sitzen, mannhafte gegen den großen Plündererzug, der durch die sogenannte Reichsfinanzreform wider die arbeitende Klasse unternommen worden ist, aufgetreten sind. Und selbstverständlich haben sie gegen die einzelnen, auf den Massenkonsum gelegten oder sonstwie volksfeindlichen Steuern ebenso gestimmt, wie nachher gegen das gesamte Machwerk, daß der blaushwarze Block geschmiedet hatte. Es ist einfach undenkbar, daß ein wirklicher Arbeitervertreter hätte anders handeln können. Er mußte so handeln als Parteimann und er mußte so handeln als Gewerkschaftsvertreter; in derartigen Fragen wird es auf unserer Seite nie einen Zwiespalt geben dürfen und geben können, weil unter denkenden Arbeitern kein Zweifel ist über das Wesen der indirekten Steuern und weil ein denkender Arbeiter, mag er die Sache als Parteimann oder als Gewerkschaftsmann betrachten, sich nie dahin verstehen wird, die Lasten des Reiches, die noch dazu hervorgerufen wurden durch kulturwidrige Ausgaben, den Schwachen aufzubürden und die Besitzenden, die für die Schulden und wachsenden Bedürfnisse verantwortlich sind, zu schonen. Wer von denen, die wir in den Reichstag geschickt haben, hier anders gehandelt hätte, würde sich ebenso unendlich innerhalb der sozialdemokratischen Partei wie innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gemacht haben. In solchen Fragen, wo das Arbeiterinteresse in Betracht kommt, sind allerdings bei uns „Partei und Gewerkschaft eins“, und niemals würde man hier auf der einen Seite gut heißen, was auf der anderen Seite als Fehler gilt.

Anders ist es bei den Christlichen. Deren Vertreter haben zwei Seelen in der Brust: eine Partei- und eine

Gewerkschaftsseele. Sie führen ein Doppeldasein und jede Daseinsform wandelt ihre eigenen Wege, je nachdem der Partei- oder der Gewerkschaftsmann in Betracht kommt. Die christlichen Gewerkschaften sind Arbeiterorganisationen mit der Aufgabe, die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder zu verbessern; sie müssen, um diesen Zweck zu erreichen, diejenigen Mittel anwenden, die auch von den übrigen Organisationen angewendet werden. Mögen die christlichen Gewerkschaften auch ins Leben gerufen worden sein, um die sozialistische Arbeiterbewegung zu bekämpfen, mögen sie ihren arbeiterspaltenden Beruf auch heute noch nicht vergessen haben, mögen sie auch grundsätzlich den Massenkampf verwerfen und tatsächlich manche Eigenheiten haben — im allgemeinen sind sie bezüglich ihrer Verfassung und ihrer Tätigkeit als Arbeiterorganisationen im gewerkschaftlichen Sinne anzusehen; sie würden, wenn sie sich den gewerkschaftlichen Regeln nicht gefügt, wenn sie es unterlassen hätten, die von unseren Organisationen vorgezeichneten Wege zu wandeln, nicht einmal den geringen Erfolg gehabt haben, dessen sie sich gegenwärtig rühmen.

Was die christlichen Gewerkschaften von unseren Organisationen unterscheidet, ist der Umstand, daß, während bei uns die Arbeiterorganisation mit der Arbeiterpartei hält, die christlichen Gewerkschaften im Gefolge bürgerlicher Parteien wandeln, die ihrer ganzen Natur nach nicht anders als arbeitserfeindlich sein können, in erster Linie das Zentrum. In der Arbeitserfeindlichkeit des Zentrums ändert nichts die Tatsache, daß die Leitung dieser Partei einigen Gewerkschaftsführern zu den Fraktionen des Reichstages und einiger Landtage Einlaß gewährt hat. Das ist in wohlverstandenem Interesse des Zentrums geschehen, das durch diese Arbeiterabgeordneten sich seinen Einfluß auf die christlichen Gewerkschaften zu erhalten und zu mehren verstanden hat. Für die christlichen Arbeiterführer, die zur Gnade als Zentrumsabgeordnete berufen wurden, trat nun allerdings manchmal die unangenehme Notwendigkeit ein, zwischen dem Interesse einer arbeitserfeindlichen Partei, der sie als Vertrauensleute oder Abgeordnete angehörten, und den Interessen ihrer Klasse, ihrer Organisation zu entscheiden. So beim Zolltarif, wo das Zentrum sich den Agrariern auf die Erhöhung der Lebensmittelzölle verpflichtet hatte und andererseits die katholischen und christlich organisierten gegen den Brotwucher in der entschiedensten Weise auftraten. Wären sich damals die Herren Giesberts, Schiffer usw. ihrer Pflicht als Arbeitervertreter bewußt gewesen, hätten sie die Führung der katholischen Arbeiter im Kampfe wider die Belastung des Arbeiterhaushalts übernehmen und den Agrariern ihrer Partei die Zähne zeigen müssen. Aber die Günst der Partei ging ihnen über das Wohl der ihrer Führung anvertrauten Arbeiter. Sie beriefen sich auf die „politische Neutralität“ der christlichen Gewerkschaften, ließen die Zollpolitik als eine „parteiliche Frage“ erklären, die aus der Erörterung in den Organisationen auszuschließen habe und erreichten es so, daß die Opposition der christlichen Arbeiter zum Schweigen kam und das Zentrum seinen Klau für die Agrarier in Sicherheit bringen konnte. Die „politische Neutralität“, die den christlich organisierten Arbeitern auf das tiefste treffende Frage auflegte, war in Wirklichkeit ausgesprochene politische Parteinahme zugunsten des Zentrums. Die Parteiseele in den Herren Giesberts und Genossen hatte über die Gewerkschaftsseele gestiegt, die Zentrumsgewerkschaften triumphierten, die Zentrumsarbeiter dachten sich und feierten unter dem Druck der Zollwucherpreise, die sich bald darauf einstellten.

Das Zentrum hat die Dienste gelohnt, die ihm damals von den Herren Gewerkschaftsführern geleistet wurden. Herr Giesberts kam 1905 und seine Mitthelfer kamen 1907 in den Reichstag als Mitglieder der glorreichen Zentrumsfraktion. Als solche haben sie dann jüngst mitgewirkt an dem Zustandekommen eines anderen gewaltigen Raubzuges auf die Taschen des arbeitenden Volkes, an der sogenannten Reichsfinanzreform. Auch diesmal wieder hatten seit lange schon die katholischen Arbeiter Verwahrung eingelegt gegen die weitere Vermehrung oder Erhöhung der indirekten Steuern; die christlichorganisierten Tabakarbeiter hatten protestiert gegen die ihrem Berufe drohende Schädigung durch die Tabaksteuer. Dazu kam, daß in letzter Zeit selbst die Führerkreise des Zentrums zahlreiche und eindringliche Warnungen und Verwahrungen gegen die weitere Belastung der Massen laut geworden waren, so daß es dem „Arbeitervertreter“ im Zentrum nicht an Anlaß und Material fehlte, das Interesse der Arbeiter wahrzunehmen. Aber das Zentrum wollte wieder regierende Partei werden und für die Erreichung dieses Zieles war ihm kein Preis zu hoch. Im Verein mit den Konservativen brachte es die Reichsfinanzreform zustande und tapfer wirkten dabei mit die Herren „Arbeitervertreter“ Giesberts, Schiffer und Genossen. Wieder einmal hatte das Zentrumsinteresse das Arbeiterinteresse, wieder einmal der Parteimann den Gewerkschaftsmann erschlagen — wie sich das noch öfter ereignen wird, solange die christlichen Arbeiter Leute in den Reichstag schicken, die sich in ihren Organisationen als Arbeiterführer aufspielen, um als Politiker die Handlanger arbeitserfeindlicher Parteien abzugeben.

Die Männer mit den zwei Seelen sind vor einer Kritik durch ihre Wähler, die katholischen Arbeiter stehen. In den Arbeitervereinen herrscht der Herr Pfarrer vor

### Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Zischern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Ahrensburg (Eggers), Wittwasser i. Schl. (Schmidtgen), Amberg, Berkenbrück, Celle, Friedland in Schlesien (Friedländer Holzwarenfabrik), Fürstenwalde a. d. Spree, Glückstadt (Brader), Gollnow i. Pomern, Hagen i. Westf. (Gerhardt, Neuhäuser), Herford (Herforder Möbelindustrie), König, Leibis i. Thür., Magdeburg, Merseburg, Muskau, Meiß, Neuhäuser i. S. (Stuhlfabrik S. C. Seifert), Nürnberg, Oehlhäuser (Drosche und Ottensmeier), Plauenischer Grund bei Dresden, Rathenow, St. Margarethen in Schleswig-Holstein (Alpen), Pörrkirchen (Hohenthaner), Schwenningen in Württemberg (Möbelfabrik Lauffer), Schwerin a. Warthe, Segeberg, Sensburg, Steinheim in Westfalen, Billingen in Baden, Meran in Tirol.
- Nordmähren nach Eisleben (Busch), Halle a. S. (Schmidt), Loitz, Mühlberg a. S.
- Drechsler nach Bodenem, Halle a. S. (Schurig).
- Polsterer nach London.
- Stellmachern nach Reinickendorf bei Berlin (Motorwagenfabrik), Hamburg-Altona.
- Mobeltischlern nach Rothenburg a. Saale (Prinz Carlshütte).

der Herr Kaplan, ergebenen Zentrumsrechte, die dafür sorgen werden, daß hier nicht wider den Parteizweck geht wird. Und in den christlichen Gewerkschaften muß Schweigen herrschen — von wegen der „politischen Neutralität“, die in der neuesten christgewerkschaftlichen Programmschrift aus M. Gladbach (Die christlichen Gewerkschaften 1908) wie folgt bestimmt wird: „Fragen der allgemeinen Politik, wie Fragen der Verfassung, Steuer- und Flottenfragen, allgemeine Steuerfragen, die allgemeine Wirtschafts- und Handelspolitik sind nicht Sache der Gewerkschaftsbewegung und haben mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung als solcher nichts zu tun. Sie gehen den Arbeiter nicht als sogenannten Verkäufer seiner Arbeitskraft, also nicht als Arbeiter im engeren Sinne, sondern als Staatsbürger an.“

Damit ist den christlichen Arbeiterführern, soweit sie Abgeordnete sind, der Freipaß ausgestellt für jeglichen Arbeiterverrat. Wenn die christlichen Gewerkschaften durch die Mühen und Opfer der Organisation eine Lohnaufbesserung erreichen, und das Dreifache wird ihnen durch gesetzgeberische Maßnahmen unter Mitwirkung ihrer Vertreter im Parlamente genommen, dann werden diese ihnen sagen: „Zölle und indirekte Steuern treffen Euch nicht als Arbeiter, sondern als Staatsbürger und mit solchen Fragen hat die christliche Gewerkschaftsbewegung nichts zu tun“. Und sie werden fortfahren, ihrer schwarzen Parteiseele zu folgen und das Arbeiterinteresse mit Füßen zu treten.

### Der Tarifvertrag in der Schiffbauindustrie.

III. (Schluß.)

Wenn weiter behauptet wird, daß die „Parteien“ kein Mittel unversucht ließen, um Arbeitseinstellungen zu vermeiden, so müßte bezüglich der Arbeitgeber auch für diese Behauptung erst noch der Beweis erbracht werden. In Wirklichkeit ist das direkte Gegenteil der Fall. Dafür nur ein Beispiel: Im Frühjahr 1908 drohte der Verband der Schiffbauwerke wegen vorgelommener Arbeitsverweigerung einer einzelnen Branche auf einer dieser Werft die Aussperrung der gesamten Werften zum 28. März an, wenn jene nicht bis zum 21. März die Wiederaufnahme der Arbeit beschließen hätten. Dieser verlangte Beschluß kam zwar nicht bis zum 21. März, aber, dank dem Eingreifen der Arbeiterorganisationen, immerhin noch mehrere Tage vor dem gesetzten Aussperrungstermin zustande, so daß der Grund zur Aussperrung wie auch diese selbst vollkommen hinfällig waren. Aber trotzdem wurde am 28. März auf der ganzen Linie ausgesperrt, Tausende von Arbeitern in den verschiedensten Werftorten aufs Pflaster gesetzt, weil — nach Dr. Hochstetter — die „Parteien“ Arbeitseinstellungen vermeiden wollten.

Diese Beweise von der Objektivität des Herrn Dr. Hochstetter zwingen uns bei der Betrachtung seiner weiteren Ausführungen zu einiger Vorsicht. Nach ihm soll die Affordarbeit, die im deutschen Schiffbau die Regel bildet, ein Haupthindernis für eine tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse sein. Ob der Herr wohl weiß, wie dieses sogenannte Affordverhältnis heute beschaffen ist? Er sagt zwar, daß die Berechnung der Arbeiten eine derartig wechselnde und komplizierte sei; daß sie in jedem Falle wieder von neuem vorgenommen werden müßte, verschweigt aber, wer denn eigentlich diese Berechnung oder besser gesagt die Festsetzung des Affordpreises vornimmt. Diese Preisfestsetzung — von einer „Berechnung“ ist in sehr vielen Fällen kaum die Rede — betrachten unsere Unternehmer

ausschließlich als ihr Privilegium, wobei der Arbeiter nichts mitzureden hat. Letzterer hat eben gar nichts weiter zu tun als zu arbeiten; er weiß zwar auch, daß er in Afford arbeitet, aber was er für seine Arbeit bekommen soll, das weiß er in den meisten Fällen noch kaum, wenn es zum Ablefern geht. Um die Preisfestsetzung bemühen sich Vorgesetzte, Meister, Kalkulatoren, ein ganzes Heer von Leuten, die nicht selten von allem anderen mehr verstehen, als von der Arbeit, die sie „berechnen“ sollen. Was in dieser Beziehung an Widersinn und „Frummern“ zutage gefördert wird, ist nur um deswillen so sehr zu beklagen, weil gewöhnlich der Arbeiter der leidtragende Teil dabei ist.

Seit jeher erheben letztere die nachdrückliche Forderung, daß bei Beginn eines Affordes der Preis dafür zu vereinbaren ist, und daß sie selber hierbei nicht nur gehört, sondern auch ihre berechtigten Bedingungen geltend machen dürfen. Gewiß sind bei der Berechnung mancher Arbeiten Schwierigkeiten zu überwinden, aber wer anders als der erfahrene Arbeiter selbst wäre berufen, solche Schwierigkeiten zu lösen! Nur unter deren Mitwirkung bei der Preisfestsetzung ist die Gewähr geboten dafür, daß die Arbeiten nicht um das Vier- und Fünffache über- und unterkalkuliert werden, wie das heute gar keine Seltenheit ist. Die Arbeiter haben ein Recht darauf, über ihre Arbeitsbedingungen ein Wort mitzureden, sowie auch bei ungenügender oder ungerechter Entlohnung ihre Arbeitskraft zu verweigern, was ihnen aber bei den herrschenden Verhältnissen einfach abgeschnitten wird. So wie die Dinge liegen, ist eben von Affordarbeit keine Rede; es ist das sogenannte Lohnaffordsystem, wobei nach Fertigstellung einer jeden Arbeit ein prozentualer Aufschlag auf den Lohn nachgezahlt wird, aber nicht etwa, daß der Arbeiter einen kläglichen Anspruch darauf erheben könnte. Auf manchen Werften blüht unter diesem System die Günst- und Bekternwirtschaft, es führt zur Demoralisation und zu Feindseligkeiten aller Beteiligten untereinander.

Daß in einem Tarifvertrage die Affordpreise für die Zukunft festgelegt werden sollen oder könnten, hätte Herr Dr. Hochstetter gar nicht erst zu bestreiten brauchen, das erscheint wohl jedem Eingeweihten undenkbar. Aber damit ist noch gar nichts gegen den Tarifvertrag bewiesen. Zunächst wäre zu verlangen, daß vor Uebernahme der Arbeit die Festsetzung des Preises in jedem einzelnen Falle erfolgen müßte, genau so, wie das z. B. in den Wagenbauwerkstätten, in den Möbel- und Pianoortefabriken heute bereits geschieht. Auch in diesen Industrien existieren Tarifverträge, welche aber für die Preisfestsetzung bei neu-vorkommenden Arbeiten kein Hindernis bilden. Wo aber wirklich infolge der Unmöglichkeit einer vorherigen Preisberechnung eine Arbeit übernommen oder begonnen werden muß, da kann doch kaum ernstlich von Affordarbeit die Rede sein. Solche Arbeiten sollten in Zeitlohn ausgeführt werden, wobei natürlich Voraussetzung sein müßte, daß der zu zahlende Lohn auch der Leistung entspricht.

Die erste und wichtigste Grundlage des Tarifvertrages hinsichtlich der Affordarbeit würde demnach darin bestehen, daß dem Arbeiter zunächst kein Afford zugemutet oder aufgezwungen werden dürfte, für welchen nicht vorher die Regelung des Affordpreises stattgefunden hätte, daß dem Arbeiter persönlich und in besonderen Fällen auch einer aus erfahrenen Fachleuten zu bildenden Kommission ein entsprechender Einfluß bei der Preisfestsetzung eingeräumt würde, und daß endlich Arbeiten die ihrer Natur nach nicht vorher zu berechnen waren, in Zeitlohn ausgeführt werden müßten. So selbstverständlich diese Vorschläge klingen mögen, so weit sind wir auf den Werften noch von deren Verwirklichung entfernt. Dort gilt jeder Vorschlag, jede Anregung, den Arbeiter als gleichberechtigt, sozusagen auch als Mensch zu betrachten, als verpönt und unvereinbar mit der Kommandogewalt der Fabrikaschass; man will über den Arbeiter verfügen und herrschen wie über ein Stück altes Eisen, und deshalb eben werden Einrichtungen bekämpft und abgelehnt, bei denen sich der Arbeiter seiner Rechte und Menschenwürde mehr als bisher bewußt werden würde. Ein solcher Zustand aber könnte unter einem Tarifvertrage, der doch zum mindesten die theoretische Gleichberechtigung beider Teile zum Ausdruck bringen müßte, nicht fortbestehen, und deshalb bekämpfen unsere Schaffmacher und in halber Eintracht mit ihnen auch die Schiffbauindustrielle Gesellschaft den Tarifvertrag. Sie haben die tiefere Bedeutung desselben und daher auch die Wirkung der von den gesetzgebenden Faktoren beschlossenen Maßnahmen erkannt und wissen sehr wohl, warum sie sich gegen solche Bestrebungen zur Wehr setzen.

Die Darlegungen des Herrn Dr. Hochstetter über die Wirkungen des Tarifvertrages in der englischen Schiffbauindustrie sind ebenfalls ein Gemisch von Unrichtigkeiten und Widersprüchen und gliedern sich den oben skizzierten Ausführungen würdig an. Auffällig bei der Sache erscheint nur die Bescheidenheit dieser wissenschaftlichen Versammlung, die dem Redner für seine Ausführungen lebhaften Beifall spendete. Eine Versammlung von Arbeitern hätte zweifellos etwas mehr an Logik und Sachkenntnis von dem Redner beansprucht. Wenn im Schiffbau infolge technischer Schwierigkeiten Tarifverträge undurchführbar sind oder deren Bestimmungen sehr bald in Fehler, Unrecht, Unstimmigkeiten ausarten müßten, wie konnten alsdann die von dem Redner geschilderten Wirkungen der Tarifverträge im englischen Schiffbau Platz greifen? Womit nicht gesagt sein soll, daß die tendenziöse Behauptung jenes englischen Betriebsleiters, daß die Verbesserung der Arbeitsmethode für englische Werften keinen Zweck hätte, weil die Tarifverträge ihre wirtschaftliche Ausnutzung verhinderten, auch

nur irgendwie berechtigt wäre. Aber wenn die Tarifverträge in England ein wirksames Gegengewicht gegen beherrschende Lohnkürzungen bildeten, und infolgedessen die deutsche Schiffbauindustrie in die Lage versetzt wurde, der englischen eine recht fühlbare Konkurrenz zu bereiten, wenn auf solche Weise die englischen Gewerkschaften gute Bundesgenossen der deutschen Industrie geworden sind, so spricht das nicht gegen, sondern für die Notwendigkeit der Einführung des Tarifvertrages auch in der deutschen Schiffbauindustrie. Deutschland hat nach Dr. Hochstetter mit der auswärtigen (doch wohl hauptsächlich englischen) Konkurrenz zu rechnen und will daher die Möglichkeit, die Arbeitslöhne den Konjunkturen anzupassen, in Rücksicht auf diese Konkurrenz nicht entbehren können. In England aber verhindert der Tarifvertrag dieses „Anpassen“ an die Konjunkturen, und deshalb wollen sich unsere Unternehmer den schlechten Erfahrungen, die in England mit dem Tarifvertrage im Schiffbau gemacht sind, nicht aussetzen. Das kann man kaum treffender als mit dem Worte Konkurrenz bezeichnen.

Trotz der unwiderleglich inneren Widersprüche der Tarifvertragsgegner stehen diese bei der Verfechtung ihrer Ideen vorläufig leider noch auf recht sicherer Schanze. Den Arbeitern und insbesondere ihren Organisationen ist die beschämende Tatsache begegnet, daß eine der wichtigsten fundamentalsten Fragen gewerkschaftlicher Taktik nicht durch ihre berufenen Organe, sondern durch die gesetzgebenden Instanzen des bürgerlichen Massenstaates ins Rollen gekommen ist, und daß unsere Schaffmacher und unentwegtesten Arbeiterfeinde schamlos konstatierten, daß neuerdings weniger von Arbeitnehmerseite als besond'ers von seiten der gesetzgebenden Faktoren der Arbeitsvertrag mehr und mehr empfohlen werde. Es erscheint daher angezeigt, daß unsere Werftkollegen sich ebenfalls diesen Dingen zuwenden und ihre Stellungnahme dem Tarifvertrag gegenüber präzisieren. Daß von einer Zufriedenheit, von einem Wohlfühlen — wie Dr. Hochstetter behauptet — mit den gegenwärtigen Zuständen keine Rede ist und sein kann, weiß ein jeder, der mit diesen Dingen in einiger Berührung steht, wenn er es nur wissen will. Das Wort von der gegenseitigen Erbitterung ist nur zu wahr, und tagtäglich erhält diese Erbitterung neue Nahrung, die sich zweifellos in näherer oder fernerer Zukunft durch Hervorbereitung schwerer und erbitterter Kämpfe Luft zu machen suchen wird.

Und wenn diesen Kämpfen die rechte Richtung gewiesen werden soll, wenn dieselben insbesondere zur rechten Stunde und am rechten Ort einsetzen sollen, dann werden die beteiligten Organisationen nicht versäumen dürfen, rechtzeitig für eine wirksame Grundlage wie auch für einen geistigen Inhalt des gesamten Strebens der Werftarbeiter-Schaft Vorsorge zu treffen. Der zu erwartende Widerstand der Werftbesitzer kann für uns kein Hindernis sein, einem als notwendig und richtig erkannten Ziele zuzustreben, und die Arbeiterschaft wird sich ihres Vertrauens zur Organisation und ihrer Verantwortlichkeit gegenüber der Gesamtheit desto würdiger zeigen, je mehr sie sich der ersten und pflichtgemäßen Vertretung ihrer Interessen durch die vereinigten Organisationen bewußt wird.

Die Erhaltung der Forderung des Tarifvertrages für die Schiffbauindustrie ist nicht nur als gangbarer Weg zur Erreichung von Reformen, sondern auch als Grundlage zur Regelung der Arbeitsverhältnisse zur Notwendigkeit geworden. Die technische Durchführbarkeit ist um nichts schwieriger als in anderen Industrien, und die Witzungen würden dem ewigen Kleinkrieg um minimale Differenzen ein Ende bereiten, ein stetigeres Verhältnis im Interesse der Schiffbauindustrie selber herbeiführen. Wer dagegen wettert, tut dies lediglich als unverbesserlicher Schaffmacher oder als Verfechter der — Konkurrenz.

### Soziales.

#### Die Regierungen als Handlanger der Kapitalistenklasse.

Daß die deutsche Reichsregierung sich als ein Konfortium zur Wahrung der Geldsacksinteressen fühlt, ist erst wieder mit voller Deutlichkeit bei den verfaßten Verhandlungen über die Reichsfinanzreform zutage getreten. Hatte die Regierung im Anfang der Beratungen immerhin noch versucht, von der 500 Millionen-Forderung einen winzigen Teil den Besitzenden abzuknüpfen, so klappete sie doch sofort demütig zusammen, als die schwerreiche konservative Adelsippe sich dem widersetzte und sanktionierte den schamlosen Raubzug auf die Taschen der breiten Volksmassen, der unter dem Namen Reichsfinanzreform beschlossen wurde.

Mit der gleichen Selbstherrlichkeit, mit der in Preußen — und damit in Deutschland — die Krantjunker der Regierung ihre Befehle diktieren, zwingen in den anderen großen Bundesstaaten die Großindustriellen die Regierungsmänner unter ihre Fuchtel. Nicht drastisch wird dieses Unterwürfigkeitsverhältnis beleuchtet durch einige Geheimzirkulare des „Verbandes Süddeutscher Textilarbeitgeber“, die von der „Münchener Post“ veröffentlicht werden. Die Textilmagnaten sind in Garnisch geraten, weil nach der Novelle zur Gewerbeordnung, die dem Reichstag vorlag, die Fortbildungsschulpflicht auf die Arbeiterinnen bis zu 18 Jahren ausgedehnt werden sollte. Das betrachteten die Herren als einen unerhörten Eingriff in ihre geheiligten Rechte als Ausbeuter. Man denke, wieviel Profit ihnen entgehen könnte, wenn die jugendlichen Fabrikflämmlinnen auch nur zwei Stunden wöchentlich dem Schulbesuch widmen müßten! Dem Fabrikantenverbände schien das ein ungeheuerliches Attentat gegen die Unter-

nehmerrechte zu sein, und man beschloß, den Regierungen den Befehl zu erteilen, im Bundesrat gegen diese Bestimmung zu wirken.

Die erwähnten vertraulichen Zirkulare bringen nun eine eingehende Darstellung des Verlaufs der Verhandlungen, die von den Abgesandten des Fabrikantenverbandes mit den bayerischen, württembergischen und badischen Regierungsbehörden gepflogen wurden. In eine arge Verlegenheit geriet der großmächtige bayerische Ministerpräsident Freiherr von Hofmann, dem die Deputation der Arbeitgeber persönlich auf den Leib rückte. Diesen gestrengen Herren mußte die Erzählung beichten, daß die bayerische Regierung im Bundesrat bereits für die fragliche Bestimmung eingetreten sei, und da könne sie doch nun nicht gut wieder zurück, weil ja sonst die neugierige Öffentlichkeit gar zu sehr auf das Abhängigkeitsverhältnis der Regierung aufmerksam werden könnte. Aber mit diplomatischer Schläue wußte der edle Herr eine Ausweg zu finden. Er erklärte den Geldsackvertretern, daß sie ganz unbeforgt sein könnten, die fragliche Bestimmung könne ruhig Gesetz werden, die Regierung werde im Verwaltungswege schon dafür sorgen, daß das Gesetz nicht in Wirksamkeit trete. Das heißt, da wo die Gemeinden auf Grund des Gesetzes die Schulpflicht festlegen, will die Regierung, wenn die Fabrikanten es wünschen, die Genehmigung versagen. Eine famosere Regierung: die Macht, die ihr gegeben ist, um die Gesetze durchzuführen, benützt sie dazu, die Durchführung zu verhindern. Und zwar derselben Gesetze, die sie selbst im Bundesrat befürwortet und damit doch wohl als notwendig erkannt hat. Öffentlich rühmt sie sich ihres sozialpolitischen Verständnisses, und insgeheim erteilt sie ihren Organen Anweisung, die Ausführung der Gesetze zu verhindern. Man nennt das im gewöhnlichen Leben doppelte Moral, und die damit Befassten pflegt man als das Gegenteil von Ehrenmännern zu betrachten.

Die bayerische Regierung steht aber nicht allein da; denn die Behörden des „demokratischen“ Schwabenlandes haben der Fabrikantenkommission dieselbe Zusicherung gegeben, so daß diese schließlich berichten kann:

„Zusammenfassend kann für Bayern und Württemberg gehofft werden, daß man zwar nicht im Wege des Gesetzes, wohl aber im Vollzuge desselben dafür zu sorgen bereit sei, daß die Gemeinden von den erweiterten Befugnissen, welche ihnen § 120 Abs. 3 der Reichsgewerbeordnung geben wird, keinen oder nur mäßigen Gebrauch machen.“

Etwas vorsichtiger war die badische Regierung, als sie antwortete, daß in ihrem Lande bisher schon die Gemeinden die Möglichkeit haben, die Schulpflicht für Arbeiterinnen einzuführen, davon aber noch nirgends Gebrauch gemacht hätten. Und das würde sich auch in Zukunft wohl nicht ändern. In welchem Maße die badische Regierung dabei die Hand im Spiele hat, läßt sich daraus nicht ersehen.

Nun weiß die Arbeiterschaft, was sie von der Unparteilichkeit der Regierungen zu halten hat. Dieselben Staatsmänner, die, ohne mit der Wimper zu zucken, Massenproteste des Volkes ignorieren, die den Mut finden, in den schweren Zeiten der wirtschaftlichen Krise den breiten Volksschichten Hunderte von Millionen neuer Steuern aufzuzwingen, die unbelagert den tausendfachen Verzweiflungsrufen hungernder Arbeiter nach Erbarmen, die den Regierungsspitzen knien und beten, um ihren Verächtern ihrer eigenen Gesetze, wenn die vorgerichtete Kapitalistenclique das wünscht. In Wahrheit ist es eine Handvoll Geldsackbesitzer, die bei uns regiert!

Die christliche Seite gegen das Stuttgarter Arbeitsamt. Die in Nr. 29 der „Holzarbeiter-Zeitung“ gegebene Darstellung des Verleumdungsfeldzuges, der zum Vergrüßen der Scharfmacher vor den Führern der christlichen Gewerkschaften gegen das Stuttgarter Arbeitsamt unternommen wurde, hat auch den christlichen „Holzarbeiter“ auf den Plan gerufen. Der Musterchrist Mund müßt sich ab, auch hier den Unrat abzuladen, den seine wädreren Mitstreiter Andre und Krug so sorgfältig zusammengetragen haben. Wir können es uns versagen, auf das angelegliche Material der christlichen Herrschaften näher einzugehen, denn inzwischen ist im Stuttgarter Gemeinderat das Ergebnis der amtlichen Untersuchung der christlichen Anklagen bekannt gegeben worden. Und damit können die Christen wirklich keinen Staat machen, es ist für sie vernichtend.

In der Sitzung des Stuttgarter Gemeinderats vom 22. Juli gab Gemeinderat Klein Bericht über die nunmehr abgeschlossene Untersuchung. Dieser hat die Anschuldigung zugrunde gelegen, das Städtische Arbeitsamt verfare bei der Vergabung der Stellen parteiisch. Wg. Andre (Zentrum) habe im Landtag behauptet, das Arbeitsamt lasse die Unparteilichkeit vermissen, und zwar zugunsten der freiorganisierten Arbeiter. Der Gewerkschaftssekretär Krug (christliche Gewerkschaften) habe in Versammlungen die gleiche Anschuldigung erhoben. Insgesamt 7 Fälle haben sie geltend gemacht. Namen zu nennen, hätten sie sich aber geweigert, sondern sich damit begnügt, zu sagen: Der Metallarbeiter N. N., der Schneider M. M. und so fort. Außerdem seien 2 Fälle angeführt: Ein Schneider sei gefragt worden, ob er dem Verbandsangehörigen, in einem zweiten Falle soll ein Arbeiter aufgefordert worden sein, das Mitgliedsbuch des Verbandes vorzuzeigen. In einer Versammlung sei weiter behauptet worden, Arbeiter seien von der Verrentung überhaupt ausgeschlossen worden. Dazu sei zu bemerken, daß jedes Arbeitsamt die Praxis einhalte, Elemente, die das Arbeitsamt nur mißbrauchen, die zur Arbeit nicht befähigt sind, sondern buumeln gehen, auf bestimmte Zeit von der Verrentung auszuschließen. Es seien die sechs Beamten des städtischen Arbeitsamts

bernommen worden. Von allen sechs sei entschieden bestritten worden, daß Mißbräuche vorgekommen seien. Wenn nach der Mitgliedschaft zum Verband gefragt worden sei, so sei das auf Wunsch der Unternehmer geschehen. Von den Unternehmern werde bisweilen verlangt, daß ihnen entweder nur inorganisierte oder organisierte gesandt werden sollen. Nicht selten müsse auch die Frage nach der Verbandszugehörigkeit gestellt werden, um festzustellen, ob der Betreffende Anspruch auf Verbandsunterstützung habe. Rund 9000 Mk. Verbandsunterstützungen seien vom Arbeitsamt in kleineren Beträgen auszusahlen. Da komme es häufig vor, daß nach der Zugehörigkeit zum Verband gefragt werden müsse. Alle beteiligten Beamten seien gehört, von allen sei ganz entschieden bestritten worden, daß irgendwie parteiisch verfahren worden sei. Weiter sei der Vorwurf erhoben worden, daß Beamte des Arbeitsamtes noch ihrer Organisation angehören. Auch dieser Vorwurf sei auf seine Berechtigung untersucht worden. Es habe sich herausgestellt, daß noch zwei Beamte einer Organisation angehören, der eine dem Verbands der Bureauangestellten, der andere dem Schneiderverbande. Bestimmte Beweise, daß irgendwie parteiisch verfahren worden sei von den Beamten des Arbeitsamtes, seien nicht erbracht worden. Es liege überhaupt kein Anhaltspunkt zu disziplinarischem Einschreiten gegen die Beamten vor. Damit sei die Sache für das Schultheissenamt erledigt.

Damit ist der christliche Verleumdungsfeldzug geblührend gekennzeichnet. Die Frage der Auszahlung von Unterstützungen durch das Arbeitsamt, so führte der Referent weiter aus, sei unabhängig von dieser Angelegenheit geprüft worden. Es scheint aber doch, daß man beachtlich, den biederen Christen etwas Balsam in die Wunden zu träufeln, die sie in dieser Kampagne dabongetragen haben, denn es wurde beantragt, die Auszahlung von Unterstützungen, die zurzeit für vier Arbeitgeberorganisationen und neun Arbeiterverbände erfolgt, fortfallen zu lassen. Ein Beschluß wurde jedoch noch nicht gefaßt, zuvor soll noch die Arbeitsamtskommission gehört werden.

Die unter den Tisch gefallenen Gesetzesvorlagen. Durch den Schluß des Reichstages sind nach einer amtlichen Uebersicht in der Verfertigung verschwunden: das Hilfskassen-gesetz, das Arbeitskammer-gesetz, der Entwurf betreffend Maßnahmen gegen den Mißbrauch des Ertrages der Maischottsteuer, der Entwurf betreffend Änderung des Strafgesetzbuchs, die Strafprozessordnung, die Fernsprechtariffordnung, der Entwurf betreffend die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit, die Gewerbeordnungs-Novelle, zwei Nachtragsetats zum Etat für 1909, eine Reihe von Wahlprüfungen, Petitionsberichte und über 150 Initiativanträge, von denen 120 älter als 28 Monate waren.

Eine Heimarbeitausstellung wird vom Sozialwissenschaftlichen Verein in Nürnberg vorbereitet. Dieselbe soll sich auf die Spielwarenindustrie erstrecken, und zwar kommen in Betracht alle Arten von Spielwaren aus Metall, Holz, Papp, Gummi, Zellulose, Wollse usw., sowie alle Galanteriewaren (Zurüs- und Gefäßgegenstände, Kleistifte usw.), die in Heimarbeit hergestellt werden. Die Vorbereitungen zur Ausstellung werden vom Gewerkschaftsamt gefördert, welches zunächst bemüht ist, mit Hilfe der Gewerkschaftsmitglieder die Adressen der Heimarbeiter festzustellen.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Gewährung zur Erhebung eines wöchentlichen Monatsbeitrags erteilt, und zwar ab 1. August 1910 an die folgenden Zahlstellen:

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 31. Wochenbeitrag für das laufende Jahr fällig geworden.

Die Bevollmächtigten in allen Zahlstellen werden hierdurch daran erinnert, daß der Monatsbericht für Juli über die Zahl der Arbeitslosen usw. spätestens am 4. August zur Post gegeben werden muß, wobei wir wiederholt bemerken, daß auch diejenigen Zahlstellen eine Berichtskarte einreichen müssen, welche keine arbeitslosen Mitglieder aufzuweisen hatten. In solchem Falle ist nur die Mitgliederzahl der Zahlstelle auf der Karte anzugeben.

Zu den im nächsten Winterhalbjahr stattfindenden, von der Generalkommission veranstalteten gewerkschaftlichen Unterrichtskursen in Berlin sollen wieder je vier Teilnehmer durch den Verband delegiert werden. In erster Linie kommen hierfür die angestellten Beamten des Verbandes, das heißt die Gauvorsteher und Lokalbeamten in Betracht, doch können auch unbesoldete Funktionäre und sonstige Mitglieder des Verbandes zu den Unterrichtskursen delegiert werden. Es finden drei Kurse statt, der erste beginnt am 25. Oktober dieses Jahres, der zweite Mitte Januar und der dritte Anfang März 1910; jeder Kursus dauert sechs Wochen. Der Verband gewährt die Reisekosten für Hin- und Rückfahrt, sowie einen Zuschuß zu den Aufenthaltskosten in Berlin. Diesbezügliche Anträge sind mit einem schriftlichen Gesuch des Antragstellers baldigst durch die Zahlstellenverwaltung resp. den Gauvorstand an den Verbandsvorstand einzureichen, wobei anzugeben ist, für welchen Kursus die Meldung bestimmt sein soll.

Freiwillige Verzichtleistung auf Unterstützung, um die Aussteuerung zu umgehen, ist unzulässig. Wiederholt ist festgestellt worden, daß Mitglieder bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit einen kleinen

letzten Rest der ihnen zustehenden Unterstützung nicht erheben, um so den Vermerk „Ausgesteuert“ in ihrem Buche zu vermeiden und nach einiger Unterbrechung noch weitere Unterstützung erheben zu können. Die Verwaltungen werden gebeten, dieser unzulässigen Ausnutzung der Unterstützungseinrichtungen ihre vermehrte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Unsere Reiseunterstützungszusätze ersuchen wir, die Bestimmungen des Handbuchs sorgfältig beachten zu wollen. Insbesondere empfehlen wir die Absätze 18 und 19 auf Seite 101 ihrer besonderen Aufmerksamkeit. Danach ist in allen Fällen neben der Reiselegitimation auch das Mitgliedsbuch einer sorgfältigen Kontrolle zu unterziehen. Unrichtige Legitimationen und Mitgliedsbücher, auch solche, die durch Beschmutzen oder Verrückung von Blättern unübersichtlich geworden sind, müssen angehalten und an den Vorstand eingesandt werden. Durch Außerachtlassung dieser Bestimmungen ist der Verband schon oft in erheblichem Maße geschädigt worden.

- Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:
- 189518 Fritz Stömer, Tischler, geb. 13. 11. 79 zu Königsberg i. Pr.
  - 340024 Richard Hempel, Rahmenmacher, geb. 9. 8. 89 zu Leisnig.
  - 403788 Johann Dzinba, Tischler, geb. 30. 3. 79 zu Sambor.
  - 444847 Wilhelm Matje, Tischler, geb. 31. 7. 87 zu Beucha, Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.
- Der Verbandsvorstand.

#### Korrespondenzen.

Bergen auf Rügen. Es geht die nachstehende, mit dem Stempel der Zahlstelle Sahnitz versehen Erklärung zu: „Wir erlauben uns, dem Artikelschreiber betreffs der Firma Walle zu erwidern, daß wir uns ebensowenig wie der Kollege Rommertz als wertlose Objekte behandeln lassen würden. Von dem Zurückziehen der Strandkörbe usw. wollen wir uns weiter nicht einlassen. Uebrigens wissen auch wir, was wir zu tun und zu lassen haben. Die organisierten Kollegen der Firma Walle: Ehrlich, Schumann, Tobischka, Siebers.“ — Damit ist diese Angelegenheit für die „Holzarbeiter-Zeitung“ erledigt.

Druckmühs. Am 18. Juli fand hier eine Sägerversammlung statt, die von den Vertreterlagern gut besucht war; leider fehlte der größte Teil der Säger. Kollege Rath hielt ein Referat über: „Die Lage der Säger und Sägerarbeiter, und welche Mittel können zu einer Besserung führen?“ Der Referent hatte allen Anwesenden aus der Seele gesprochen; das wurde auch durch zahlreiche Beirückserklärungen bestätigt. Die Lage der Arbeiter im Steinhilber Sägerwerk mit seinem Tag- und Nachtbetrieb ist aber auch eine tieftraurige, und man muß sich nur wundern, wie die Leute bei den jämmerlichen Löhnen in diesem Stande sind, sich mit ihrem oft zahlreichen Familienmitgliedern ehrlich und rechtschaffen durchs Leben zu schlagen. Der Anfangslohn für Bretterlagerarbeiter beträgt 2,50 Mk. im Tag, Säger verdienen bei Volltag 2,80 bis 2,90 Mk. Zum besseren Antreiben existiert dann ein sogenanntes Prämiensystem. Wie hoch der Anspruch auf diese Prämie ist, die alle 3 Monate zur Auszahlung gelangt, kann niemand vorausbestimmen, einmal beträgt sie 100, das andere Mal 50—60 Mk. Die Arbeiter müssen nun auf die zu erwartende Prämie Schulden beim Krämer machen, was wieder zu recht unglücklichen Verhältnissen führt. Dabei sind die Lebensmittelpreise horrend hohe, auch die Mietpreise sind in die Höhe gegangen. „Wo soll das Holz noch herkommen?“ — Jetzt geht schon jeder, und das wird noch schlimmer, wenn erst die neuen indirekten Steuern ihre Wirkung äußern werden. Dabei denke man bloß an die letzten Monate mit den vielen Feiertagen. In solchen Wochen ging mancher Arbeiter mit 10 und 11 Mk. und weniger nach Hause. Leider konnten sich die Säger noch nicht zu entschlossenem Handeln durch Anschluß an den Verband aufraffen; die Angst und Furcht vor dem Arbeitgeber und dem katholischen Arbeiterverein mit dem Herrn Pfarrer an der Spitze hält sie noch immer davon ab. Mancher geberdet sich allerdings am Sonntag beim Volkstrachtenverein als tapferer Oberländer, aber im Betriebe seinen Mann zu stellen, sich der Organisation anzuschließen, dazu reicht der Mut nicht aus. Die Säger werden früher oder später doch noch einsehen lernen, daß mit Bettel- und Bittschriften an den Arbeitgeber nichts bewirkt werden kann, daß nur eine einzige starke Organisation, die alle Arbeiter umfaßt, hier Wandel schaffen kann. Mit hohem Schimpfen hinterm Maßkrug ist nichts getan, denn so wie die Brauer die Indifferenzen bei der kommenden Bierpreiserhöhung nicht fragen, so fragt auch der Unternehmer nichts nach solcher Voklerei. Die Madler und Trabanten der katholischen Arbeiter- und Zentrumvereine waren aber die ersten, die durch neue Steuern die Lebenshaltung der Arbeiter so schwer belasteten. Wer diesen noch weiterer Gefolgschaft leistet, — nun, dem ist eben nicht zu helfen, der muß erst durch weiteren Schaden klug werden.

Demmin. Unser Ort gehört mit zu denjenigen des Stettiner Gaus, wo die schlechtesten Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen. Bei elfstündiger täglicher Arbeitszeit erhalten die Mehrzahl der Kollegen einen Wochenlohn von 15 Mk. Man muß sich nur wundern, daß sich überhaupt noch Kollegen finden, welche unter diesen erbärmlichen Verhältnissen arbeiten, denn die Lebensmittel und die Wohnungsmieten sind auch hier am Orte nicht billig. Man sollte nun annehmen, daß diese Zustände die Kollegen veranlassen würden, durch rege Betätigung in der Organisation eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen. Leider ist das nicht der Fall. Seit Beseitigung der Zahlstelle ist es noch nicht möglich gewesen, für die Besserstellung der Lage unserer Kollegen etwas zu unternehmen, weil die größte Zahl der Kollegen es vorzieht, unorganisiert zu bleiben. So sind zum Beispiel beim Tischlermeister O. Glünther von circa zehn Beschäftigten nur zwei Kollegen organisiert. Die Mehrzahl der im

organisierten sind junge, ledige Kollegen. Sie glauben, in den kleinen Orten geht es ohne Organisation, da wollen sie lieber die 50 Pf. pro Woche für sich gebrauchen. Diesen Kollegen fehlt eben die nötige Einsicht. Sie begehren nicht, daß sie selbst schuld daran sind, daß die Arbeitgeber so billige Arbeitskräfte bekommen können. Für unseren Ort trifft es wieder so richtig zu, daß die Löhne am niedrigsten und die Arbeitszeit am längsten dort ist, wo die schlechteste Organisation vorhanden ist. Aber auch bei den wenigen organisierten Kollegen, die am Ort sind, macht sich eine außerordentlich große Laune bemerkbar. In einer Versammlung, die kürzlich stattfinden sollte und wo ein Vortrag auf der Tagesordnung stand, hatten es nur fünf Kollegen für nötig befunden, zu erscheinen. Diese Laune ist absolut nicht zu entschuldigen. Wir sind überhaupt der Ansicht, wenn unsere organisierten Kollegen allesamt mit etwas größerem Eifer für die Ausbreitung unserer Ideen wirken würden, daß es dann schon etwas anders ausfallen würde. Bei dieser Gelegenheit mag auch einmal gesagt werden, daß ein organisierter Kollege, welcher in einem Betriebe als Werkführer fungiert, mehr daran denken soll, daß er noch organisiert ist, damit nicht in jeder Versammlung Klagen laut werden. Kollegen! Wir sind der Ansicht, daß es hier am Orte so nicht weitergehen kann, Ihr könnt doch nicht gewillt sein, ewig für den "horrrenden" Lohn von 15 Mk. pro Woche bei 66stündiger Arbeitszeit zu schufteln, oder glaubt Ihr etwa, daß die Arbeitgeber Eure Lage freiwillig verbessern werden? Da könntet Ihr wohl warten bis zum St. Nimmerleinstag. Solange die Arbeitgeber wissen, daß der größte Teil der Kollegen keiner Organisation angehört, wird man in dieser Beziehung kein Verständnis bei den Arbeitgebern finden. Also legt endlich einmal den alten Schländrian ab. Unsere Mitglieder am Orte möchten wir ersuchen, der Verwaltung nicht alles allein zu überlassen, sondern derselben mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Zeigt durch regen Versammlungsbesuch und durch eine energische Agitation, daß Ihr den Ernst der heutigen Situation erkannt habt. Den unorganisierten Kollegen aber möchten wir zurufen: Treget ein in unsere Reihen! Nur durch eine starke Organisation ist es uns möglich, eine menschenwürdige Existenz zu erringen. Macht gemeinsame Sache mit Euren übrigen Arbeitsbrüdern. Zeigt, daß Ihr es fähig habt, bei überaus langer Arbeitszeit für einen äußerst geringen Lohn zu arbeiten. Laßt Euch durch nichts abhalten, sondern schließt Euch alle, Mann für Mann, dem Deutschen Holzarbeiterverbande an.

**Seibelberg (Würstenmacher).** Nachdem vor vier Jahren, anlässlich des Streiks der Holzwerker bei der Firma Gallus Mahler, Brauererbürstenfabrik, den Würstenmachern und Zurechtern einige wichtige Zugeständnisse gemacht wurden, um zu verhindern, daß sich dieselben mit den Holzwerkern solidarisch erklärten, und die Firma einige Zeit danach dem Drängen der Fibrezurechter nachgab und diesen gehebelten Fibre zum Verarbeiten gab, hat es die Firma, dank der Gleichgültigkeit der Kollegen, verstanden, diese wenigen Erzugeständnisse wieder zunichte zu machen. Durch das Verhalten der Kollegen dazu ermutigt, glaubt man, den Arbeitern noch mehr bieten zu dürfen. So hat man im vergangenen Herbst den Holzwerkern einen Lohnabzug von 5 Proz. gemacht, und jetzt glaubt man offenbar die Zeit für gekommen, bei den Würstenmachern und Zurechtern dasselbe zu probieren, indem man den Zurechtern einfach erklärte, sie müßten den rohen Fibre auch noch erst klopfen, natürlich ohne Bezahlung. Als dann die betreffenden Kollegen vorstellig wurden und auf den Zeitverlust und Lohnausfall hinwiesen, wurden sie von Herrn Wilhelm Mahler in der brutalsten Weise abgefertigt, mit dem Bemerkten, wer die Arbeit nicht machen will, kann gehen. Nachdem sich hierauf eine Werkstattdersammlung mit der Sache beschäftigte, wurde beschlossen, aus jeder Werkstatt einen Kollegen zu wählen, welche nochmals vorstellig werden und versuchen sollten, die Sache in Güte beizulegen. Aber auch diese Verhandlung verlief resultatlos. Als dann am folgenden Tage die Zurechter einmütig die Arbeit niederlegten, ließ Herr Wilhelm Mahler die beiden anderen Kollegen, die mit vorstellig waren, rufen und erklärte ihnen, daß sie sich nicht in die Angelegenheit zu mischen hätten und ebenfalls gehen könnten. Leider muß auch noch bemerkt werden, daß der Dohrer A. Durst, der mit vorstellig werden sollte, kurz vor der Verhandlung sich mit dem Bemerkten zurückzog, er wolle bei der Firma nicht in Verzug kommen, die Sache ginge ihm nichts an; trotzdem er tags vorher in der Werkstattdersammlung den Mund nicht voll genug nehmen konnte. Daß dies bei dem Spionagesystem, das in der Fabrik herrscht, dem Fabrikanten verborgen blieb, ist wohl kaum anzunehmen, und dies erklärt auch teilweise das brutale Auftreten der Kommission gegenüber. Wir machen nun die Kollegen allerorts darauf aufmerksam, dieses Elend zu meiden und auf die Verlockungen der Firma, die an allen Arbeitsnachweisern Leute sucht, nicht einzugehen.

**Magdeburg.** Die Stockfabrik G. A. Richter hier ist schon wieder auf der Suche nach Polierern. Die wunderbare Arbeitsteilung in diesem Betriebe bringt es mit sich, daß die Polierer bis  $\frac{1}{2}$  Duzend herunter im Akkord polieren müssen. Dazu kommen fortgesetzt die verschiedenartigsten Farben und Sorten, so daß sich da ein jeder selbst ausmalen kann, was hier für eine Akkordwirtschaft eingegriffen ist. Eine Rücksichtslosigkeit dem Arbeiter gegenüber wie man sie selten findet, besteht hier unter dem Regime des jungen Herrn und niemand wagt, sich energig gegen diese Art Ausbeutung zu wehren. So wurde am Sonnabend, 17. Juli einem älteren Arbeiter für eine achtstündige Arbeit als Feiler und Schleifer kein Pfennig Lohn ausbezahlt. Erst nach langem Verhandeln und nachdem auch andere sich dafür ins Zeug gelegt hatten, erhielt dieser Kollege ganze 5 Mk. ausbezahlt — für eine 84 stündige Arbeit 5 Mark Verdienst, das ist doch wahrhaftig der Gipfel der Unverschämtheit. Jeder Stockmacher tut gut, diese Musterwerkstatt zu meiden und für Befreiung zu sorgen!

**Dualenbrück (Würstenmacher).** In diesem Frühjahr hatten wir hier einige Konflikte mit unseren Würstenfabrikanten; so versuchte es Herr Koopmann, entgegen den

Vereinbarungen von 1906, die Heimarbeit in größerem Umfange einzuführen. Erst durch Vermittlung unseres Gewerkschafters konnte der Anschlag abgewehrt und bei dieser Gelegenheit auch gleichzeitig eine Stunde Arbeitszeitverkürzung in der Woche, sowie Anerkennung einer Lohnkommission erreicht werden. Auch mit dem Betriebe von Schade u. Co. mußten wir uns beschäftigen, da diese Firma versuchte, die Strafgebühren in die Höhe zu schrauben und ihren Arbeitern eine Fabrikordnung aufzudrängen, die den gesetzlichen Bestimmungen direkt widersprach. Durch die Einigkeit der Arbeiter konnten jedoch diese Bestimmungen nicht nur abgewehrt, sondern auch eine Reihe wichtiger Verbesserungen durchgeführt werden. Trotzdem sind aber die Verhältnisse hier keineswegs rosig, und den auswärtigen Kollegen ist dringend zu raten, bevor sie hier in Arbeit treten Erläuterungen bei der Ortsverwaltung einzuziehen. — Kollegen, Ihr habt gesehen, wie durch einiges Zusammenhalten etwas erreicht werden kann! Nur eine starke Organisation vermag uns einer Verbesserung unserer Lage entgegenzuführen. Wir sehen es an den Winkelmachern, Drechern, Aufsteigern, Hilfs- und Maschinenarbeitern bei Schade u. Co., die in ihrer Mehrzahl der Organisation fernstehen und dafür auch die niedrigsten Löhne bekommen. Kollegen! Der neue Steuerabzug wird wieder eine starke Erhöhung der Preise aller Lebensbedürfnisse im Gefolge haben; da müssen auch wir nach Mitteln und Wegen suchen, unsere Lohnverhältnisse zu bessern. Das kann aber nur erreicht werden, wenn die Kollegen sich samt und sonders dem Deutschen Holzarbeiterverbande anschließen und auch die Mitgliederversammlungen regelmäßig besuchen.

**Waldheim.** Auch hier ist die Lage der Holzarbeiter eine nicht befriedigende. Durch den Konkurs der Stuhlfabrik Hunger u. Regel wurden circa 60 Kollegen arbeitslos, und nur der kleinere Teil konnte in der Branche wieder unterkommen. Diesen Konkurs kann man ruhig als eine Folge der Aussperrung von 1906 betrachten, und der vormalige Besitzer dieser Fabrik mag bei seinen Kollegen sich dafür bedanken. Ob in diesem Fall der Verband der Stuhlfabrikanten Unterstützung gewährt, konnten wir nicht in Erfahrung bringen. Anders unser Verband; haben wir doch an unsere arbeitslosen Kollegen im 2. Quartal über 2300 Mk. gezahlt, und so mancher hat dabei empfunden, was es bedeutet, lange Jahre organisiert zu sein. Das sollte ein Ansporn sein, der Organisation treu zu bleiben und durch regelmäßige Beitragszahlung sich die Mitgliedschaft zu sichern. Zwar wird in einigen Betrieben verkürzt gearbeitet, und die Kollegen haben wohl im allgemeinen einen Lohnausfall, doch darf das nicht dazu führen, daß man die Versammlungen nicht besucht. Wir wissen, daß man auch trotzdem ein Glas Bier trinkt und deshalb dürfen die Versammlungen nicht hinten angeht werden. Brauchen wir doch die Einmütigkeit aller Kollegen jetzt mehr denn je. Wir machen heute schon auf die Versammlung am 21. August im Schweizertal, wo ein Arzt über ein sehr zeitgemäßes Thema sprechen wird, aufmerksam.

**Unsere Lohnbewegung.**

**In Amberg** dauert der Streik in der Goldlestenfabrik schon acht Wochen. Der Firma ist es allerdings gelungen, einige Arbeitswillige zu angeln, aber so unbrauchbare Kräfte, daß mehr Leuten in den Ofen wandern, als verwendet werden können. Sollte der Streik noch einmal so lange dauern, dann ist die Kapitaleinlage des Schaufmachers Knorr verloren. Sein Ausspruch vor Beginn des Kampfes: "Lieber will ich mein ganzes Vermögen verlieren, als den Arbeitern nachgeben", wird bald in Erfüllung gegangen sein. Der Herr Knorr kann dann sein altes Geschäft wieder betreiben. Den Schnapsreifenden zu machen ist leichter, als Fabrikant zu spielen. Die Arbeiter können es abwarten, sie haben nichts zu verlieren. In **Wetzlar** konnte man die überarbeiteten Kollegen, denen es doch noch nicht so schlecht erging, nicht zusammen, weil sich die Unternehmer in diesem verweigerten, keinen Arbeiter von der Goldlestenfabrik einzustellen. Wir ersuchen daher den Bezug von Holzarbeitern nach Amberg streng fernzuhalten.

**In Celle** ist es in der Stuhlindustrie zu einem schweren Kampf gekommen. Am 2. Juli wurde den Arbeitern der Stuhlfabrik Krumwilde bekanntgegeben, daß die diesjährige Inventur vom 4.—12. Juli dauern soll, während früher höchstens 3 Tage gebraucht wurden. Am 4. Juli abends, fünf Minuten vor Schluß, wurde der Arbeiterauschuß gerufen und ihm mitgeteilt, daß bedeutend billiger gearbeitet werden müßte. Im Laufe der Inventurwoche gab es Verhandlungen und es kam zutage, daß die Firma einen Abzug von 20 Proz. auf die gangbarsten Artikel machen will. Am 12. wurde auf Grund einer Vereinbarung mit der Firma nicht weitergearbeitet bis eine neue Regelung erfolgt sei. Im Laufe der Woche wurde verhandelt und dabei wurde von den Arbeitern das weiteste Entgegenkommen gezeigt; die Firma aber sandte uns am 16. ein Schreiben, in dem sie verlangte, daß bis zum 17. mittags 2 Uhr sämtliche Arbeiter zu den von der Firma festgesetzten Bedingungen wieder anzufangen hätten, sonst seien sie alle entlassen. Wir haben dies Ultimatum abgelehnt und sind dann benachrichtigt worden, daß unsere Papiere zur Verfügung stehen. Am 19. teilte die Firma Mundhenke ihren Arbeitern mit, wenn bis zum 20. die Sache bei Krumwilde nicht beigelegt sei, würde alle dem Deutschen Holzarbeiterverbände angehörigen Stuhlwerker entlassen. Dies ist auch geschehen. Es heißt nun ausschalten, um den Unternehmern ihren dünnhäutigen Herrenstandpunkt auszutreiben.

**In Darmstadt** wurde im Jahre 1906 mit dem Arbeitgeberschutzverband ein Vertrag abgeschlossen, der unter anderem für Durchschnittsarbeiter einen Lohn von 46 Pf. bestimmte, der sich im Jahre 1908 um 50 Pf. pro Woche zu erhöhen hatte. Dem im vorigen Jahre zu Leipzig gefällten Schiedspruch, der eine Erhöhung des Lohnes um 2 Pf. am 12. Februar 1909 vorsah, stimmten die infolge der auch über Darmstadt hereinbrechenden Krise Morgenluft witternden Unternehmer nicht zu. Nun ist der Geschäftsgang innerhalb der letzten 3 Monate in der Möbelfabrik zu Darmstadt ein lebhafterer geworden. Das hinderte aber die Firma Hofmöbelfabrik Ludwig Alter nicht, die

Lohnzulage von 2 Pf. zu verweigern, sondern sogar noch die Arbeiter mit einem Stundenlohn von 45 bis herab zu 38 Pf. abzuspiesen. Alle einzelnen Versuche der Kollegen, ihren Stundenlohn von 47 Pf. zu erhalten, scheiterten an der Hartnäckigkeit der Firma Alter, die durch ihr Vorgehen gedankt, den anderen Arbeitgebern, die diesen Stundenlohn gewähren, Schmuckkonkurrenz zu bereiten. Da die Firma nur Arbeiter einstellt, die nach Zeichnung arbeiten können und 85 Kollegen unter dem Durchschnittslohn von 47 Pf. entlohnt werden, beschloß eine Werkstattversammlung, daß sämtliche Kollegen nach Beendigung ihres Akkords die 47 Pf. zu fordern hätten. Entläßt die Firma die ihren Lohn fordernden Kollegen, so ist seitens des Verbandes die Sperre über die Firma Alter zu verhängen. Dies ist nunmehr erfolgt, da bereits neun Kollegen entlassen sind. Wir erwarten von unseren Kollegen, daß keiner von ihnen die Firma, die das ganze Jahr in allen möglichen Zeitungen nach Arbeitskräften inseriert, mit seinem Arbeitsangebot belästigt.

**In Düsseldorf** sind Differenzen mit der Firma A. Siebel ausgebrochen. In dem am 8. Februar 1907 mit dem Arbeitgeberschutzverband und der Schreinerinnung abgeschlossenen Vertrag heißt es in § 1: Die tägliche Arbeitszeit beträgt in Düsseldorf neun Stunden. Die Firma A. Siebel nahm bisher für sich das Recht in Anspruch, in ihrem Betriebe 10 Stunden täglich arbeiten zu lassen, mit der Begründung, daß Math nicht zu Düsseldorf gehöre. Nun erfolgte Ende Mai 1909 durch Gesetz die Eingemeindung mehrerer Vororte, darunter auch Math. Wir sind daher der Meinung geworden, daß die Firma A. Siebel jetzt zu Düsseldorf gehört und demgemäß sich den vertraglichen Verpflichtungen voll und ganz zu unterwerfen hat. Das um so mehr, da Herr Paul Siebel, der jetzige Inhaber der Firma, den Düsseldorfer Vertrag mit abschließen half und in seiner Eigenschaft als Vorkämpfer des Arbeitgebers für das Holzgewerbe mit unterzeichnet hat. Die Angelegenheit ist jetzt in die Hände des Zentralvorstandes gelegt. Wir sind gespannt, was Herr Mahardt zu dieser Frage sagen wird.

**In Fürstenwalde a. Spre** suchen die Tischlermeister noch immer eifrig nach Arbeitswilligen. Auch mit den Gelben aus Berlin haben sie es versucht, jedoch nur geringes Glück gehabt. Es waren drei dieser Bruchtemple hier, die unter polizeilicher Bedeckung von der Arbeit bis nach der Herberge zur Heimat, und umgekehrt wieder zur Arbeit marschierten. Aber auch diesen Leuten hat es hier nicht gefallen, denn sie verließen schon nach dreitägiger Arbeit auf Nimmerwiedersehen unseren Ort. Daran sind nicht die Ausständigen schuld, o nein! Daß so etwas nicht geschieht, etwa durch ein Verleihen der Streikbrecher durch die Ausständigen, dafür sorgt schon unsere liebe Polizei und das Epibeltum, das sich bei solchen Dingen immer breit macht. Welche Angst übrigens die Meister vor einem friedlichen Zusammentreffen der Ausständigen mit den Streikbrechern haben, hat sich erst letzthin wieder gezeigt. Begleitete da ein fürsorglicher Meister selbst des Nachts seine lieben Streikbrecher nach Hause. Als er nun hinter sich Leute herkommen sah, vor denen er annahm, daß es ausständige Tischler seien, zog er seine Trillerpeife und pffft, daß alle Nachtwächter zusammenliefen. Aber glücklicherweise war die Gefahr nicht so groß, der angfällige Meister hatte friedliche Passanten für gefährliche Ausständige angesehen! — Aber nicht nur Streikbrecher suchen die Meister heranzuziehen, sondern sie versuchen auch, die Arbeit auswärts machen zu lassen. Und das tut dieselben Leute, die sonst den Mund nicht weit genug aufreißen können, wenn auf dem Wege der Submission Arbeiten nach außerhalb vergeben werden. Ja, Bauer, das ist auch was anderes! Wie übrigens diese Leute Extraprofite zu machen verstehen, geht daraus hervor, daß sie verschiedentlich bei Bauten Preise auffehen, die schon nach dem neuen Tarif gehalten sind. Die Ausständigen bitten, nach wie vor den Bezug von Tischlern und Maschinenarbeitern nach Fürstenwalde streng fernzuhalten. Da es den Unternehmern, wie wir wissen, auf den Fingernägeln brennt, werden sie ihren Starrsinn bald aufgeben und mit den Gesellen verhandeln müssen.

**In Gollnow (Pommern)** sind die Tischler in einem Streik eingetreten. Im Jahre 1907 wurde zwischen der Tischlerinnung und dem Deutschen Holzarbeiterverband ein Vertrag abgeschlossen, der bis zum 1. Juli 1909 Gültigkeit hatte. Dieser Vertrag wurde nun am 1. April d. J. ohne Angabe von Gründen von der Tischlerinnung gekündigt. Wie man inzwischen erfahren hatte, war den Arbeitgebern der bestehende Lohn von 35 Pf. noch zu hoch und sie hatten die Absicht, diesen Lohn zu reduzieren. Inzwischen hatten sich aber die Verhältnisse etwas geändert. Während am 1. April die Konjunktur noch sehr daniederlag, hat sie sich so gehoben, daß sie jetzt als außerordentlich günstig bezeichnet werden kann. Da die Arbeitgeber mußten, daß sie zurzeit mit ihrem Plane auf Lohnreduzierung auf zu großen Widerstand stoßen würden, kalkulierte sie so, daß sie bis zum Winter ohne Vertrag weiter arbeiten und dann, wenn wenig zu tun ist, ihre Pläne verwirklichen wollten. Dieser schöne Plan wurde dadurch vereitelt, daß die Kollegen nun ihrerseits Forderungen einreichten, wonach unter anderem eine Erhöhung der Löhne und der Akkordpreise um 10 Proz. verlangt wurde; die Arbeitgeber hielten es jedoch nicht für nötig, hierauf zu antworten. Ein zweites Schreiben wurde wieder zurückgebracht, denn der Obermeister hatte die Annahme verweigert. Auf diese Provokation konnten die Kollegen nicht anders antworten, als durch einmütige Niederlegung der Arbeit. Wir möchten nun die Kollegen allerorts ersuchen, den Bezug von Tischlern streng fernzuhalten, dann muß es uns gelingen, den Kampf zu einem erfolgreichen Ende zu führen.

**In Günzburg an der Donau** ist der volle sieben Wochen währende Schreinerstreik in der Möbelfabrik von Seile nunmehr beendet. Die Veranlassung zu diesem Streik gab die Anfertigung von Streikarbeit für einen hartbedrängten Memminger Meister. Dieses ist nun verhindert worden, und muß die Firma, die erst im April dieses Jahres sich im Konkurs befunden, die Bereitwilligkeit, den Hausreißer zu spielen, recht teuer läßen, zumal auch nach eigenen Angaben des Herrn Seile seine besten

Arbeiter den Ort verlassen haben. Trotzdem muß das Verhalten der noch im Streit befindlichen 6 christlichen und 3 bei uns organisierten Schreiner insofern als ein recht unverständiges gebrandmarkt werden, als diese, entgegen der Ansicht der Organisationsleitung, die Arbeit am 18. Juli aufgenommen haben. Da der Zugung bis zuletzt minimal, Streikbrecher ebenfalls keine zu verzeichnen waren, so wäre es bei einigem Nachhaken noch ein leichtes gewesen, die Firma zum Abschlusse eines Tarifvertrages, wie solche in anderen Orten längst bestehen, zu zwingen. Ein paar Christliche hatten hinter dem Rücken der Gewerkschaften für Aufnahme der Arbeit gewirkt, ohne dabei an die Folgen für die Zukunft zu denken, und dabei die übrigen Streikenden, mitgerissen. Zwar wird Herr Fehle mit seinen schlechten Akkordpreisen und der ruppigen Behandlung der Gehilfen schon baldigt Sorge tragen, daß erneute Differenzen entstehen. Weigerte er sich doch bisher stets, den Tagelohn bei Akkordarbeit zu sichern; verdiente aber ausnahmsweise ein Arbeiter etwas darüber, dann lief er Gefahr, den Meberschuß nicht auszubezahlen zu erhalten. Auch in Glinzburg werden sich die Meister modernen Errungenschaften der Holzarbeiter auf die Dauer nicht entziehen können, und wird daher schon Sorge getragen werden, daß solche Forderungen wieder rechtzeitig erneuert werden, sofern die Kreditfähigkeit der Möbelfabrik von Fehle bis dahin nicht derart erschüttert ist, daß an eine Beschäftigung der früheren Gehilfenzahl überhaupt noch gedacht werden kann.

In Raumburg sind die Differenzen bei der Firma Kühn erledigt. Trotzdem Kühn im Anfange immer behauptete, er könne nichts zulegen, hat er sich doch bequemen müssen, seinen Gesellen eine Zulage von 2 Pf. die Stunde zu geben. Ohne Opfer ging es jedoch nicht ab. Zwei Kollegen, die 15 bzw. 16 Jahre in der Fabrik beschäftigt waren, wurden nicht mehr eingestellt, da sie an der Differenz schuld sein sollten. Wieder ein Beweis mehr, daß es dem Unternehmer gleichgültig ist, wie lange jemand bei ihm beschäftigt ist. Mögen die auf ihre Plätze zurückkehrenden Kollegen desto fester zusammenhalten.

In Naftatt haben unsere Kollegen bei der Firma Treßger auf friedlichem Wege erreicht, daß die Firma auf einige Nummern den Akkordpreis erhöhte. Wenn wir weitere Erfolge erringen wollen, dann ist es notwendig, daß auch der letzte Mann sich dem Deutschen Holzarbeiterverband anschließt.

In Rathenow dauert der Streik unverändert fort. Bewilligt wurden die Forderungen bei Meves (Dreschler). Es kam dort ein zweijähriger Vertrag zustande, durch welchen die Arbeitszeit im ersten Jahr von 61 Stunden auf 57 Stunden pro Woche und im zweiten Jahr auf 56 Stunden verkürzt wird. Der Lohn wird im ersten Jahr um 1 Mk., im zweiten um eine weitere Mark pro Woche erhöht; auch ist ein Akkordtarif festgelegt. Die anderen Arbeitgeber verhalten sich noch ablehnend. Es haben sich einige Streikbrecher von außerhalb und einige hiesige eingefunden, aber im ganzen ist mit diesen Elementen ja nicht viel los. Bemerkenswert ist, daß ein altes Verbandsmitglied, Koll. Kurze, geb. 22. 2. 78 zu Hohenzim, stehen geblieben ist. Dieser Kollege denkt sein Verhalten damit zu rechtfertigen, daß er angibt, er wäre schon 10 Jahre in diesem Betriebe beschäftigt und er könne es dem Arbeitgeber nicht antun, denselben zu erklären, daß auch er sich mit seinen Kollegen solidarisch erklären müßte. Unser früherer Kollege Stodt ist jetzt Tischlermeister und brüht sich in der Meisterversammlung, er werde den Kerlen schon zeigen, wie es gemacht würde. Er habe lange genug in der Lokalverwaltung gesessen und wisse ganz gut, wie dort alles gehandhabt wird. Wir wollen ihm nicht die Ehre antun, uns deswegen mit ihm auseinanderzusetzen, doch wollen wir ihn daran erinnern, daß er selbst mitgeholfen hat, die jetzt gestellten Forderungen vor circa 1 1/2 Jahren auszuarbeiten. — Wir ersuchen immer noch um strenge Fernhaltung des Junges von Tischlern, Polierern, Maschinen- und Hilfsarbeitern.

In Stargard ist der Ausschreit der Densler bei Mehlschlag mit bestem Erfolg beendet.

In Steinheim a. Mur haben unsere Kollegen an die Unternehmer die Forderung gerichtet, die 9 1/2 stündige Arbeitszeit mit Lohnausgleich, die wöchentliche Lohnauszahlung und einen Minimallohn zu bewilligen. Der wöchentliche Gehalt wurde allgemein anerkannt. Trotzdem in der Einzelverhandlung, die wir mit 9 Unternehmern führten, 7 versprachen, in ihrer Unternehmerversammlung die 9 1/2 stündige Arbeitszeit zu beschließen, ist diese nur von einem Unternehmer eingeführt worden. Die Firma Storck u. Palmer hat bestimmt in Aussicht gestellt, den 9 1/2 Stundentag einzuführen. Vielen Kollegen wurde durch diese Bewegung eine Lohnhöhung bewilligt. Die Lehre aber, die wir aus der Bewegung ziehen müssen, ist die, daß der letzte Mann in die Organisation hinein muß, damit wir die Unternehmer zur gelegenen Zeit erinnern können, ihr Versprechen, den 9 1/2 Stundentag einzuführen, auch einzulösen.

In Stettin ist der Norddeutschen Bürstenindustrie, Inh. Goldbach u. Co., Stettin-Grünhof, von unserer Seite der bisher gültige Lohnsatz zum 1. August dieses Jahres gekündigt worden. Der Firma ist ein neuer Tarif unterbreitet, in dem einige geringfügige Lohnhöhungen enthalten sind. Diese sind von der Firma runderweg abgelehnt worden. Herr Goldbach glaubt, daß er zu den Jammerlöhnen, die hier gezahlt werden, genügend Bürstenmacher erhalten wird, und ist deshalb eifrig bemüht, von auswärts Bürstenmacher heranzuladen. Aber nur solchen, die nicht dem Verbandsangehörigen, wie uns eine Postkarte zeigt, die uns von einem Kollegen aus Frankfurt a. M. zugefandt wurde, mutet Herr Goldbach zu, in seinem Betriebe bei 6 1/2 stündiger Arbeitszeit zu einem Stundenlohn von 30 Pf. zu arbeiten. Wenn es Herr Goldbach nicht noch vorzieht, sich mit seinen Arbeitern zu einigen, wird es zum Kampfe kommen. Wir ersuchen deshalb die Kollegen und Kolleginnen, Stettin streng zu meiden.

In Wrißhofen ist das Ende des bereits zwölf Wochen dauernden Schreinerstreiks noch nicht abzusehen, da die Meister hartnäckig auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharrten. Vektres muß naturgemäß auch unsere Kollegen und Verwaltungen antworten, dahin zu wirken, daß sich kein reisender Schreiner nach unserem Kurort verirrt.

Ausland.

In Wien ist der Streik der Tischler nach 24wöchiger Dauer erfolgreich beendet worden.

In Zürich ist der Tarif der Vergolder von den Fabrikanten auf den 1. Oktober gekündigt worden. Sie wollen den jetzigen schlechten Geschäftsgang benutzen, um die seither bestandene Lohnarbeit abzuschaffen und Akkord einzuführen. Die Vergolder, Gold- und Polierarbeiten werden gebeten, Zürich bis auf weiteres unter allen Umständen zu meiden.

Aus der Holzindustrie.

Hirsch-Dundersche Unverschämtheit.

Den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften ist es in den letzten Jahren äußerst schlecht gegangen. Selbst in den Jahren der Hochkonjunktur, als die Gewerkschaften der verschiedensten Richtungen einen glänzenden Aufschwung nahmen, ging die Mitgliederzahl der Gewerkschaften zurück. Und im Jahre 1908 war das Maß der Lager der Hirsche so groß, daß sie es vermieden, über ihre Mitgliederzahlen etwas in die Öffentlichkeit zu bringen. Der „Gewerkverein“, das Zentralorgan der Hirsche, veröffentlichte einige Zahlenangaben, die sich aber ausschließlich auf die Klassenverhältnisse bezogen; die Mitgliederzahlen wurden mit keiner Silbe erwähnt. Und selbst die Klassenziffern wurden absichtlich so durcheinander gewürfelt, daß es nur für die Kenner des Hirsch-Dunderschen Schwindels möglich war, sich darin zurechtzufinden. Bei dem großen Publikum mußte die im „Gewerkverein“ gehobene Abrechnung ganz falsche Vorstellungen von der Bedeutung der Hirsche hervorrufen. Aber das war ja auch der Zweck der Leistung.

Bei dieser Sachlage hätten die Hirsche alle Ursache, fein still zu sein, wenn von den Mitglieder- und Klassenverhältnissen in anderen Organisationen die Rede ist. Das fällt aber den Herrschaften nicht ein. Sie halten es mit der Spitzbübentaktik, recht laut „Haltet den Dieb“ zu rufen, um die Aufmerksamkeit von sich abzulenken. Besonders laut schreit dabei die „Eiche“ mit, die schon seit Jahren grundsätzlich nichts über die Mitglieder- und Klassenverhältnisse des Gewerkschafts der Holzarbeiter bringt. Jetzt druckt sie die Tabelle über die Zunahme der Verbandsmitglieder in den einzelnen Industriezweigen aus dem „Correspondenzblatt der Generalkommission“ ab, und macht dazu Bemerkungen, die für die Frechheit der Hirsche charakteristisch sind. Das „Correspondenzblatt“ hatte seine Tabelle später berichtigt, soweit der Schmiedeverband in Betracht kommt. Hier war die Mitgliederzahl gewonnen worden, indem auf je 48 Beiträge im Jahre ein Mitglied gerechnet wurde. Nach dem seitherigen Mobus waren aber in dieser Organisation je 40 Beiträge auf ein Mitglied berechnet worden.

Daran knüpft nun die „Eiche“ an. Sie argumentiert: Nach den Angaben des „Correspondenzblatts“ wird die Mitgliederzahl im Schmiedeverband berechnet, also ist die Zahl der Mitglieder in den freien Gewerkschaften nicht vorhanden, sondern nur berechnet und zwar zu 40 Wochenbeiträgen pro Jahr. Wollten wir Hirsche auch so rechnen, dann hätten wir viel mehr Mitglieder, als man uns nachsagt. Aber wir sind die ollen, ehrlichen Hirsche und machen so etwas nicht!

Der brave Hirsch, der in der „Eiche“ seine Rechnungen an den Mann bringt, mag sich beruhigen. Es ist aber an der Hand, und speziell im Deutschen Holzarbeiterverband, nicht möglich die Mitgliederzahl auf Grund der geschlichen Beiträge zu berechnen. Und da die unter Verband besonders interessierten dürfte, empfehlen wir ihm, unsere Abrechnungen, die ihm ja zur Verfügung stehen, nachzurechnen. Er wird da finden, daß die durchschnittliche Beitragsleistung immer etwas differiert, aber stets weit höher ist als 40 Beiträge pro Mitglied und Jahr. Speziell im Jahre 1907 haben im Deutschen Holzarbeiterverband die männlichen Mitglieder 86,1, die weiblichen 88,8 Proz. des Vollbeitrages gezahlt; im Jahre 1908 betrug die Beitragsleistung 85,5 bzw. 87,1 Proz. des Vollbeitrages. Wir sind dabei noch in der Lage, uns auf die eigenen Publikationen berufen zu können, in welchen unsere Mitglieder- und Klassenverhältnisse detailliert nachgewiesen sind. Der Mitarbeiter der „Eiche“ ist in einer weniger glücklichen Lage. Da in der „Eiche“ kein bester Willen kein auf die Abrechnung bezüglichen Material zu finden ist, muß sich der gute Mann auf den „Umanach des Deutschen Holzarbeiterverbandes“ beziehen, wenn er mit den Leistungen der Hirsche paradiere will. Eine Organisation, die so armselig dasteht, sollte es doch ängstlich vermeiden, durch eine Kritik fremder Abrechnungen den Blick auf die eigene Blöße zu lenken.

Aber die Hirsche sind krampfhaft bemüht, sich in ein glänzendes Licht zu stellen, und sie suchen diesen Zweck durch Schimpfen auf andere zu erreichen. So hat auch die „Frankfurter Zeitung“ kürzlich eine, offenbar aus dem Lager der Hirsch-Dunderschen stammende Zuschrift gebracht, die sich in der Hauptsache mit der von uns bereits gewürdigten Abrechnung der christlichen Gewerkschaften befaßt. Da heißt es einleitend: „Die deutschen Gewerkschaften haben seit Jahresfrist offen eingestanden, daß sich ein Rückgang der Mitgliederziffer bei ihnen eingestellt hat, worauf die Presse der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften diese Ziffern entsprechend ausgeschaltete, ihrem Publikum aber verschwiegen, daß es bei ihnen genau so zugeht.“ In diesem Satz ist fast jedes Wort eine Unwahrheit. Soweit das Jahr 1908 in Betracht kommt, hat die Hirsch-Dundersche Presse vor dem Erscheinen der sogenannten Abrechnung im „Gewerkverein“ mit keiner

Silbe einen Rückgang zugestanden, geschweige denn, daß sie den Rückgang zahlenmäßig nachgewiesen hätte. Der Presse der sozialdemokratischen Gewerkschaften war es daher auch nicht gut möglich, die nicht gemachten Zugeständnisse und die nicht veröffentlichten Ziffern auszuschlachten.

In dieser Notiz der „Frankfurter Zeitung“ wird übrigens der Rückgang der Gewerkschaften überhaupt zum ersten Male ziffernmäßig nachgewiesen. Es heißt dort: Berechnet nach dem Stande vom 31. Dezember, gestalten sich die Mitgliederverluste bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften 75188 Mitglieder, 4,0%, christlichen Gewerkschaften . . . 28882 „ 8,8%, Deutschen Gewerkschaften . . . 6692 „ 6,1%.

Danach hätten also die Gewerkschaften im Jahre 1908 6692 Mitglieder verloren. Ob aber diese Zahl richtig ist, das läßt sich nicht kontrollieren. Im offiziellen Organ des Gewerkschafts hat darüber noch nichts gestanden. Erstweilen gestatten wir uns einige Zweifel, denn wir wissen, daß die Wahrheitsliebe der Hirsche bei weitem nicht so stark entwickelt ist als ihre Unverschämtheit.

Billige Lorbeeren des christlichen Holzarbeiterverbandes. In Nr. 28 des „Christlichen Holzarbeiter“ befindet sich eine Notiz aus Landsberg a. L., nach welcher der christliche Holzarbeiterverband in dieser Stadt mit der Innung einen Vertrag auf die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen hätte. Mit dieser Notiz soll der Anschein erweckt werden, als hätte man wieder einmal einen Erfolg errungen, dabei handelt es sich lediglich um die nachträgliche Anerkennung eines durch den Deutschen Holzarbeiterverband allein vereinbarten Tarifvertrages. Nichtig ist nur das eine, daß unser Verband im Jahre 1907 nach 4wöchentlichem Streik einen zwei Jahre gültigen Vertrag erkämpfte, der erhebliche Vorteile für unsere Kollegen mit sich brachte. Geuer kündigte die Innung uns diesen Vertrag, die mit uns allein geführten Verhandlungen führten zu einer Erneuerung auf weitere zwei Jahre und zwar mit dem Erfolge, daß die Löhne um 20 Pf. im Tag erhöht wurden. Dieses erfuhren nachträglich die etwä hier bis sechs Christlichen die am Orte sein sollen und flugs legte sich deren Sekretär auf die Hosen und teilte der Meisterrinnung mit, daß auch der christliche Holzarbeiterverband den Vertrag mit seinem vollen Wortlaute anerkenne — und der Sieg war fertig.

Genau so einfach wie im Jahre 1906 in München, dort siegten die Christen auch, trotzdem sie nicht an den Verhandlungen des Tarifabschlusses teilgenommen, kein Wort mit den Arbeitgebern verhandelt hatten, sondern lediglich den durch unseren Verband aus eigener Kraft erzwungenen Vertrag nachträglich anerkannten und unterzeichneten. Leistung genug, um in der Jubiläumsummer des „Christlichen Holzarbeiter“ den Tarifabschluß in München als „unser Werk“ hinzustellen und zwar deshalb, weil sogar ein paar Bestimmungen des Tarifes mit ihren Forderungen übereinstimmen. 200 Christliche gegen 4000 im Deutschen Holzarbeiterverband organisierte und solche Erfolg — Sind das nicht Teufelskerle, die so leicht im Sandumdehen siegen? — Doch Spiegelberg wir kennen Dich und Deine Siege zu genau!

Ein gesundheitsgefährliches Holz scheint das Material zu sein, welches in einer Breslauer Waggonfabrik für bestimmte Zwecke Verwendung findet. Wir lesen darüber in der „Breslauer Volkswacht“: „Eine auffällige Krankheit hat sechs Arbeiter der Abteilung 7 der Waggonfabrik vorn. Zinke, A.-G., in Mochern ergriffen. Bei ihnen stellte sich plötzlich eine Art Nesselfieber ein, verbunden mit starker Anschwellung des Gesichtes und der Geschlechtsorgane. Herr Dr. med. Müller, den einzelne der Erkrankten konsultierten, führte die Krankheit auf Verhältnisse im Betriebsbetriebe zurück. Die betreffenden Arbeiter und eine weitere Anzahl ihrer Mitarbeiter verarbeiten gegenwärtig ein Holz, und kaum Zeit von ausländischem Holz, die nach Aussage von langjährigen Arbeitern dieses Betriebes niemals verarbeitet worden ist. Es handelt sich um eine Eichenart, die zur inneren Einrichtung (zu Säulen, Fenstern usw.) von Eisenbahnwaggonen verwandt wird, die nach China bestimmt sind. Den Arbeitern ist Spiritus zur Verfügung gestellt worden, damit sie sich die Körperstellen sofort einreiben können, auf denen sich Brennen einstellt oder sich die ersten roten Flecke zeigen. Weitere Aufklärungen über Herkunft und Art des Holzes, sowie über die rätselhafte Krankheit sind wohl von zuständiger Seite zu erwarten.“

Wikingsche Industrie für Holz- und Baubedarf, Aktien-gesellschaft, Recklinghausen. Das Gewinn- und Verlustkonto weist für 1908 einen ReLUst von 38 897 Mk. (im Vorjahre 96 603 Mk. Gewinn) auf. Abschreibungen werden nicht erkennbar gemacht (im Vorjahre 68 014 Mk.). Eine Dividende wird nicht verteilt (wie im Vorjahre, wo 91 480 Mk. vorgetragen wurden).

Gewerkschaftliches.

Eine Konferenz von Vertretern der Gewerkschaftshäuser hat, wie das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ berichtet, am 29. und 30. Juni in Berlin getagt. Auf dieser Konferenz, die von der Generalkommission einberufen war, um eine Reihe wichtiger Fragen für die Begründung, Unterhaltung und Verwaltung der Gewerkschaftshäuser zu beraten, waren 40 Städte vertreten, in welchen teils Gewerkschaftshäuser bereits bestehen, teils die Errichtung solcher geplant ist. Erschienen waren 21 Vertreter von Gewerkschaftskartellen, 22 von Gewerkschaftshausverwaltungen, ferner Vertreter der Organisationen der Gastwirtschaftlichen, des Transportarbeiterverbandes, der Generalkommission und des Parteilichvorstandes.

Nach sehr eingehender Diskussion wurden die folgenden Beschlüsse gefaßt:

1. „Die Konferenz warnt dringend vor der unüberlegten Errichtung von Gewerkschaftshäusern. Die Erwerbung eines eigenen Hauses erscheint nur da berechtigt, wo es nicht möglich ist, auf andere Weise Versammlungsorte zu beschaffen und die Herbergfrage zu lösen.“

2. Die Beschaffung der Mittel ist Aufgabe der örtlichen Organisationen. Es soll jedoch die Errichtung einer Volkskassant in ernste Erwägung gezogen werden. Die Konferenz erwartet, daß die Generalkommission mit dem Parteivorstand und den Vertretern der Gewerkschaften und Krankenkassen zu einer solchen Einrichtung gemeinsam Stellung nimmt und das Ergebnis der Beratungen den örtlichen Gewerkschaftsartellen zur Kenntnis gibt.

3. Es ist anzustreben, daß für die Benutzung der Säle eine bare Miete gezahlt wird, und daß die indirekte Entschädigung durch den Verzehr von Getränken fortfällt. Wo die Erhebung von Mieten nicht möglich ist, da ist ein direkter Beitrag der Gewerkschaften und der Partei zur Erhaltung des Gewerkschaftshauses zu verlangen.

4. Um die Möglichkeit zu haben, die Herbergshausverhältnisse in musterwürdiger Weise zu lösen, bedürfen die Gewerkschaftshäuser barer Zuschüsse seitens der Gewerkschaften am Ort.

5. Von der Partei- und Gewerkschaftspresse wird erwartet, daß sie in geeigneter Weise für die Unterstützung der bestehenden Gewerkschaftshäuser eintritt.

Ferner eruchte die Konferenz die Generalkommission, auf die Tagesordnung des nächsten Gewerkschaftskongresses den Punkt aufzustellen: „Schaffung eines Zentralfonds für die Errichtung von Gewerkschafts- und Versammlungshäusern“.

Die Besprechung über das Arbeitsverhältnis der Angestellten führte zur Annahme folgender Resolution:

„Bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Angestellten der Gewerkschaftshäuser vertritt die Konferenz

die Auffassung, daß es selbstverständlich ist, in dieser Beziehung den Grundfragen der Gewerkschaftsbewegung allgemeine Rechnung zu tragen.

Bei Festsetzung der Lohnverhältnisse hält die Konferenz es für notwendig, daß von den beteiligten Organisationen der Lohnverhältnisse in bürgerlichen Betrieben in Berücksichtigung gezogen werden und auf die Existenzfähigkeit des eigenen Geschäfts Rücksicht genommen wird.

Als zweckmäßigste Regelung erachtet die Konferenz den Abschluß von Tarifen durch die Zentralvorstände auf breiter Grundlage. Andererseits erwartet die Konferenz von den Leitern der Organisationen, daß sie auf ihre Mitglieder im Sinne reger Pflichterfüllung und Erziehung des genossenschaftlichen Geistes einwirken.“

Nachdem beschlossen war, den Lieferanten der Gewerkschaftshäuser aufzugeben, die von ihnen benötigten Arbeitskräfte den bestehenden Arbeitsnachweiser der freien Gewerkschaften zu entnehmen, wurde den Gewerkschaftshausverwaltungen die Einführung einer möglichst einfachen, aber übersichtlichen und leicht zu kontrollierenden Buchführung empfohlen. Eine zu schaffende Zentralstelle für Gewerkschaftshäuser könne ein geeignetes Muster dafür aufstellen und den Gewerkschaftshäusern zugänglich machen. Auch die Schaffung einer gemeinsamen Revisionsinstanz sei in Erwägung zu ziehen. Als weitere Aufgaben einer solchen Zentralstelle wird die Teilnahme an örtlichen Konferenzen in Sachen bestehender oder künftig zu errichtender Gewerkschaftshäuser, die Vorarbeiten für künftig gemeinsame Konferenzen, die Erteilung von Auskünften und die Umbahnung von Tarifen für die Angestellten be-

zeichnet. Auch die Herausgabe eines geeigneten Handbuchs für Gewerkschaftshausverwaltungen wird als wünschenswert bezeichnet.

Auf den allgemein geäußerten Wunsch, die Generalkommission möge die Funktionen der Zentralstelle übernehmen, wurde von dieser eine bindende Zusage nicht gegeben, doch wiesen deren Vertreter darauf hin, daß die Generalkommission bereits eine Reihe von Aufgaben übernommen habe, die der Zentralstelle zugewiesen sind. Zum Schluß wurde den Gewerkschaftshausverwaltungen ein gegenseitiger Austausch ihrer Jahresabrechnungen nahegelegt.

Kriegervereine und Gewerkschaften. Wir haben bereits davon Notiz genommen, daß die Kriegervereine beschlossen haben, einen Vernichtungsfeldzug gegen die ihnen noch angehörenden Gewerkschaftsmitglieder zu unternehmen. Natürlich hat dieser Beschluß bei allen „Gutgeimten“ hohe Befriedigung erweckt. Manche von diesen meinen sogar, daß nun für die Pseudogewerkschaften die Zeit gekommen sei, reiche Ernte zu halten. Dieser Meinung ist insbesondere die „Korrespondenz der sozialen Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland“. Sie schreibt: „Gut ist, daß den sozialdemokratischen Fachverbänden die Larve vom Gesicht gerissen wird, und die Kriegervereine zum Austritte aus ihnen veranlaßt werden. Ebenso nötig aber ist, daß die Austrittenden sich als bald den christlichen Gewerkschaften anschließen. Diese Wochen, in denen an Hunderttausende Mitglieder der deutschen Kriegervereine diese verbindliche Entscheidung herangebracht wird, sind recht wichtig; alle

**Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das erste Quartal 1909.**

Einnahme	Bei der Hauptkasse		Bei den Zahlstellen		Gesamt		Ausgabe	Bei der Hauptkasse		Bei den Zahlstellen		Gesamt	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.		Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
Kassenbestand vom vorigen Quartal	1 497	879	46	409	757	10	1 907	636	56				
Beitrittsgeld		23	—		4 212	70	4 234	70					
Beiträge		3 694	20		740 791	—	753 485	20					
Ertbeiträge		8	08		3 700	72	3 708	80					
Zins aus Kapitalien		14	074	36	—	—	14 074	36					
Sonstiges		227	41		5 889	24	6 116	65					
Guthaben der Lokalkassen fürs 2. Quartal 1909		—	—		67 037	—	67 037	—					
Zuschuß aus der Hauptkasse		—	—		65 241	65	65 241	65					
Von Zahlstellen eingekandt		153	618	43	—	—	153 618	43					
<b>Summa</b>	<b>1 669</b>	<b>523</b>	<b>94</b>	<b>1 906</b>	<b>529</b>	<b>41</b>	<b>2 976</b>	<b>053</b>	<b>85</b>				
<b>Abschluß.</b>													
Gesamteinnahme				849 556,71 Mk.									
Gesamtausgabe				914 199,79 "									
Mehrausgabe				64 643,08 Mk.									
Fritz König, Kassierer.													
Revidiert und für richtig befunden:													
Die Revisoren: Koblenger, Karl Klingner, Felix Leopold.													

Am Schlusse des ersten Quartals 1909 zählte der Verband 813 Zahlstellen, das sind 2 mehr als im vierten Quartal 1908 und 20 mehr als im ersten Quartal des Vorjahres.

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 144 866, wovon 141 770 männliche, 3001 weibliche und 95 jugendliche Mitglieder waren. Gegen das vierte Quartal 1908 sind dieses mehr 535 männliche, 34 weibliche und 38 jugendliche Mitglieder. Gegenüber dem ersten Quartal 1908 jedoch 3027 männliche und 365 weibliche Mitglieder weniger, die Zahl der jugendlichen Mitglieder hat sich im gleichen Zeitraum von 48 auf 95 erhöht. Die Mitgliederzunahme im ersten Quartal beträgt demnach 607, und die Tatsache, daß es wieder vorwärts geht, wird jeden einzelnen veranlassen, unablässig für die weitere Stärkung des Verbandes zu agitieren.

Von den größeren Zahlstellen hatten in diesem Quartal besonders folgende den beigefügten Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen:

- Danzig 50, Königsberg 18, Stolp 21, Schwerin i. M. 18, Stettin 41, Gölitz 24, Heringsdorf 16, Nieblich 56, Rosen 40, Berlin 65, Luckenwalde 17, Bauen 21, Dippoldiswalde 23, Obernhan 35, Chemnitz 15, Eilenburg 36, Frankenberg 17, Gera 21, Zeitz 52, Zeulenroda 34, Eifenach 51, Esfurt 28, Frankenhäusen 52, Gotha 42, Lauterberg 17, Bernburg 23, Braunschweig 23, Burg. 15, Halle 45, Wandsbeck 17, Hildesheim 15, Dehnhäusen 28, Essen 24, Gelsenkirchen 21, Heidelberg 17, Wiesbaden 18, Regensburg 22, Weilbom 19, Forzhelm 45.

Dagegen haben unter anderem die folgenden größeren Zahlstellen den beigefügten Mitgliederverlust aufzuweisen:

- Tilsit 18, Breslau 122, Rattowitz 16, Rixdorf 21, Leipzig 163, Schönheide 37, Magdeburg 19, Bremen 63, Gensburg 21, Hamburg 70, Bielefeld 43, Detmold 24, Gannover 31, Herford 42, Nellen 27, Düsseldorf 15, Köln 37, Gannau 16, Ludwigshafen 17, Mannheim 60, Saarbrücken 25, Fürth 51, Nürnberg 162, Augsburg 17, München 136, Tölz 31, Stuttgart 184.

Neu aufgenommen wurden im ersten Quartal 8339 (8695 im ersten Quartal 1908), männliche, 267 (500), weib-

liche und 59 (14) jugendliche, zusammen 8665 Mitglieder. Gegen das vierte Quartal sind dieses 1586 mehr und gegen das erste Quartal 1908 544 Aufnahmen weniger.

Die Summe der vereinnahmten Wochenbeiträge betrug in diesem Quartal 753 485 Mk., im vorausgegangenen Quartal 802 300 Mk. und im ersten Quartal 1908 823 625 Mk.

Von den männlichen Mitgliedern wurden in diesem Quartal 1 490 378 Beiträge entrichtet, von den weiblichen Mitgliedern 32 446 Beiträge und von den jugendlichen Mitgliedern 738 Beiträge. Hiernach entfallen auf das einzelne männliche Mitglied 10,5 Beiträge gleich 80,7 Proz. des Vollbeitrages, auf das einzelne weibliche Mitglied 10,8 Beiträge gleich 83,1 Proz. des Vollbeitrages und auf das einzelne jugendliche Mitglied 7,8 Beiträge gleich 60 Proz. des Vollbeitrages.

Unter den Ausgaben ragt auch in diesem Quartal die Arbeitslosenunterstützung mit 318 890 Mk. gegen 234 913 Mk. im vorausgegangenen Quartal und gegen 316 850 Mk. im ersten Quartal 1908 hervor. Es ist dieses die höchste Summe, welche in einem Quartal bis jetzt für diese Unterstützung ausgegeben wurde. Gegen das vierte Quartal 1908 hat sich die Summe der Unterstützung um 83 977 Mk. oder 35,7 Proz., gegen das Vergleichsquantal des Vorjahres um 2040 Mk. oder 0,7 Proz. vermehrt. Von den übrigen Unterstützungen haben sich gegen das Vorjahr vermehrt: die Gemahregeltenunterstützung (17 466 Mk.) um 8860 Mk. gleich 28,4 Proz., die Unterstützung in Sterbefällen (14 905 Mk.) um 1580 Mk. gleich 11,8 Proz. Die Reiseunterstützung ist gegen das Vorjahr um 3105 Mk., die Krankenunterstützung um 11 123 Mk. und die Umzugsunterstützung um 993 Mk. zurückgeblieben. Von der Reiseunterstützung entfallen 2039 Mk. (2040 Mk. im Vorjahr) auf die Aufenthaltunterstützung, welche an 1447 Empfänger gezahlt wurde, und zwar an 127 für je drei Tage, an 338 für je zwei Tage und an 982 für je einen Tag. Hieron kommen auf Berlin 173, Breslau 86, Dresden 79, Hamburg 129, Köln 110, Leipzig 100, München 109, Bremen 89, Chemnitz 38, Düsseldorf 68, Eilberfeld 33, Frankfurt 90, Halle 36, Hannover 131, Königsberg 2, Magdeburg 29, Nürnberg 89, Stettin 31, Straßburg 22 und Stuttgart 53 Empfänger.

Der Rechnungsabluß des Quartals ergibt eine Mehrausgabe von 64 643 Mk. und einen Kassenbestand für das zweite Quartal von 1 842 993 Mk.

Anschließend bringen wir wieder eine Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der Lokalkassen im ersten Quartal 1909.

Einnahmen:	
Kassenbestand vom vierten Quartal 1908	Mk. 1 232 468,82
20 Prozent der Verbandsbeiträge	" 150 040,85
Lokalbeiträge	" 859 147,85
Einnahmen für Vergnügungen	" 7 705,41
Sonstige Einnahmen	" 41 667,22
Guthaben von der Hauptkasse vom vorigen Quartal	" 42 671,98
<b>Zusammen</b>	<b>Mk. 1 833 696,65</b>
Ausgaben:	
Totalunterstützung an Reisende	Mk. 7 478,87
" Arbeitslose	" 176 918,03
" Streikende	" 52 141,30
" Kranke	" 65 252,47
" Gemahregelte	" 6 623,18
" in sonstigen Fällen	" 26 206,16
Für Ertbeiträge an die Hauptkasse	" 3 513,90
" Streiks anderer Gewerkschaften	" 2 761,59
" Agitation, Vorträge usw.	" 22 947,43
Verwaltungskosten, persönliche sächliche	" 94 953,91
Beiträge an Kartelle und Sekretariate	" 41 019,89
Ausgaben für Vergnügungen	" 17 392,84
Sonstige Ausgaben	" 6 917,13
Guthaben bei der Hauptkasse für das nächste Quartal	" 67 937,—
<b>Gesamtausgabe</b>	<b>Mk. 630 623,34</b>
Kassenbestand für das zweite Quartal 1909:	
Angelegt	Mk. 1 038 762,21
Zu bar	" 164 306,08
<b>Zusammen</b>	<b>Mk. 1 203 068,29</b>

Berlin, den 20. Juli 1909.  
Der Verbandsvorstand.

die, die bisher ohnungslos zu den „freien“ Verbänden...

in den Leuten, die, um in den Kriegervereinen Hurra...

Der Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter...

Eingefandt.

Zentralkommission der Korbmacher.

Diejenigen Sektionsleitungen, die mit dem Situationsbericht...

Emil Lehmann, Friedrichsfelde b. Berlin, Waldseefstr. 26.

Technisches.

Einiges über die Fabrikation der schwedischen Zündhölzer.

Aus dem neuen Literaturwerk: Der Stegelauf der Technik...

Kali, Glaspulver und Gummi als Bindemittel. Sie entzündeten...

Der Aufschwung der schwedischen Zündholzindustrie hat...

Mit der Zündholzfabrikation zugleich ist die der Schachteln...

und das Verpacken der fertigen Schachteln in große Pakete...

Literarisches.

Lob der Todesstrafe! Immer wieder wissen die Zeitungen...

Der Preis der Broschüre, die im Verlage der Buchhandlung...

Gesetz über die Sicherung der Bauforderungen. Textausgabe...

Die vorliegende Gesetzesausgabe ist als Nr. 93 der bekannten...

Wanderlust. Handwerkslieder, Wanderlieder. Herausgegeben...

Pilzpostkarten. Der Verlag „Lebenskunst und Heilung“...

Briefkasten.

\* Raumangels halber mussten Korrespondenzen aus Berlin...

Veranstaltungs-Anzeiger.

Reudsdorf. Sonnabend, den 7. August, in der „Salzfelde“...

Anzeigen.

Basel. Für Solzarbeiter und Tapezierer ist das Umschauen...

Sabelshwerdt. Reiseunterkunft wird mittags von 12-1 Uhr...

Offenbach a. M. Die reisenden Kollegen werden ersucht...

Schwerte i. Meckl. Der Arbeitsnachweis befindet sich im...

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Polier-, Maschinenarbeiter...

Lüchtiger Stuhlbaner auf Patentstuhlwerke...

Möbelholzerer, firm im Fach, sucht lohnende dauernde...

3 Holzdrechler auf Massenartikel. Suche per sofort einen tüchtigen...

5 bis 10 tüchtige Feilenschleifer und Polierer...

Mehrere tüchtige Korbmacher auf Roharbeit...

2 Korbmacher auf Mattarbeit stellt sofort ein Friedrich Reichert...

Gesucht 1 Korbmacher auf Mattarbeit. Rudw. Wehler...

4 Korbmacher auf Rohr und Geflechene bei hohem Lohn...

Geübte Fiber-Mischer finden dauernde und lohnende...

Gewandter Bürstenholzbohrer gesucht zum sofortigen...

Für eine neu zu gründende Holzwaren-fabrik für Massenartikel...

Aufseher

zur Einrichtung und Leitung der Politure-abteilung...

Eine gutgehende Schreinerei mit Maschinenbetrieb...

Eine gangbare Tischlerei in einem Industrieort mit ca. 2000...

Bauschule und Technikum Errichtet 1890 Berlin C, Münzstr. 7...

B. Kolscher's Fachschule für Tischler und für gewerbliches Zeichnen...

Quittungs-Marken und Kautschuk - Stempel liefert seit 80 Jahren...

Tischler-Fachschule. Zeichner, Werkführer, Meister. Neustadt i. Meckl.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg. Erstklassige Lehranstalt...

Tischler-Fachschule Blankenburg a. Harz. Gebiegene Ausbildung als Werkmüller u. Zeichner...

Stomkes Städtebuch. Reiseführer durch Deutschland u. angrenzende Länder...

Grösste deutsche Tischler-Fachschule Detmold. Bewährte Ausbildung als Meister...

Was lesen die Kollegen zu ihrer beruflichen Fortbildung? Das Fachblatt für Solzarbeiter.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23. zwei deutsche Reichspatente. Nach meinem durch... erzielt... vermeidet... Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23.